

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Kultur-Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. pr. Monat. Eingez. in der Post-Beitragungs-Vereinigung für 1893 unter Nr. 6708.

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfzehntägige Periode oder deren Raum 40 Pf. für Vereins- und Sammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Leitender Redakteur: Amt I. 4188. Telegramm-Adresse: „Vorwärts Berlin“.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Freitag, den 9. Juni 1893.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

An die sozialdemokratischen Partei-Wahlkomitees.

Um eine möglichst rasche und glatte Uebersicht über die Ergebnisse der Hauptwahl zu gewinnen und um andererseits unsere Genossen in der Provinz möglichst rasch von dem Gesamtergebnis der Wahl in Kenntnis setzen zu können, haben wir für den Wahltag-Abend eine

Zentralstelle für Telegramme

eingerrichtet, an welche alle Telegramme und Bahnnachrichten von auswärts zu richten sind und von wo aus auch den Genossen in der Provinz, welche dies wünschen, die Berliner Wahlergebnisse telegraphisch zugesandt werden.

Als Telegramm-Adresse ist mit der Telegraphen-Verwaltung vereinbart

Dringend Sozialdemokrat Berlin

Diese Adresse genügt vollständig.

In dieser Weise als „dringend“ aufgegeben Telegramme werden als bevorzugt befördert, Kosten deshalb aber auch das Dreifache der gewöhnlichen Tage. Depeschen, welche bei der Beförderung nicht bevorzugt werden sollen, bedürfen des Wortes „dringend“ nicht.

Die Genossen werden ersucht, genau auf die Adresse zu achten und nur diese zu benutzen. Selbstverständlich werden die rechtzeitig eingehenden Telegramm-Nachrichten von der Redaktion des „Vorwärts“

in die Freitag-Nummer aufgenommen. Besondere Telegramme an den „Vorwärts“ erübrigen sich also, sobald die Telegramm-Adresse:

Dringend Sozialdemokrat Berlin

benutzt wird. Ebenso verschlen Telegramme an das Parteibureau, Rahbachstr. 9, oder an einzelne Vorstandsmitglieder ihren Zweck. Es ist ausnahmslos für alle Telegramme am Wahltag und mit Bahnnachrichten nur die vorstehende Adresse zu benutzen.

Für die Berliner Parteigenossen sei bemerkt, daß die Zentralstelle für Telegramme

am Wahltag-Abend in den Partierre-Localitäten der „Buchhandlung des Vorwärts“, Beuthstr. 2, eingerichtet wird. Dorthin also alle durch besondere Boten zu übersendende Nachrichten zu besorgen sind. Von dort aus werden auch an die einzelnen Komitees, Versammlungen etc. die von auswärts und von Berlin und Umgegend eingehenden Nachrichten gesandt werden.

Die Wahlkreise, deren Kandidaten in die engere Wahl gelangen, wollen im Auge behalten, daß die engeren Wahlen voraussichtlich alle auf ein und denselben Tag und zwar vermutlich auf den 23. oder 24. Juni anberaumt werden. Es ist also ungefähr nach Bekanntwerden des Wahlergebnisses die Agitation wieder aufzunehmen.

Die Parteipresse wird um Abdruck dieser Aufforderung gebeten.

Berlin, den 8. Juni 1893.

Der Parteivorstand.

Feuilleton.

Abdruck verboten.

122

Vom Stamm gerissen.

Von Elise Schweichel.

So wanderten nun die Zwei in die knospende, junge Frühlingsswelt hinein, auf dem bald breiteren, bald schmaleren Fußpfad, der sich die westliche Thalwand entlang in allmählicher Steigerung nach dem höchsten Punkte des Plateaus, dem sogenannten „Signal“, hinaufwand. Waren es schon früher Dettingers beste Stunden gewesen, wann er seiner Pflichten los und ledig hier herumstreifen konnte, ganz der Natur dahingeegeben, die für seine noch immer nicht verharteten Wunden heilender Balsam war, wie viel wonniger empfand er heut den Reiz dieser frühlinggrünen Einsamkeit, da ihm zur Seite ein so liebes, holdes Wesen ging, das tausend theuere Erinnerungen mit seinem Leben verknüpfte!

Lussy schritt leicht wie eine Elfe bald vor, bald neben ihm, je nachdem der Weg es erlaubte, überstrenut von dem Sonnengold, das durch das flimmernde, junge Birkenlaub fiel. Ihr den Arm zu bieten, wagte Dettinger nicht — ein undefinierbares Etwas hielt ihn davon zurück.

Nun war die Höhe erreicht. Als sie aus dem Dämmer, das droben zwischen den alten Buchenstämmen herrschte, trostlos ihre Kronen noch unbelaubt waren, ins Freie hinaustraten, schlug Lussy entzückt die Hände zusammen und stand wie bezaubert da. Vor ihnen, von dem goldenen

Quittung.

Im Monat Mai gingen bei der Parteikasse folgende Beiträge ein:

Altwasser, gef. von Porzellanarbeitern am 1. Mai 7.— M. Nischleben, Berg- und Fabrikarbeiter 10.— Apentade, gef. am 7. Mai 2,36. Anklam, rother August 20.— Altona, gemeinschaftliche Pfingstmorgentour der Schuhmacher v. Altona u. Umgebung 31,30. Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 4. Kr. (Osten) 2000.— (darunter einige Eisenbahn-Arbeiter 4.—, innere Puffer d. E. W., Thiergartenstraße 7,50, innere Puffer Ansbacherstraße 12.—, Tischlerei Unger, Königsbergerstr. 9 4,50 u. 6,30). 6. Kr. (Oranienburger Vorstadt, Wedding und Gesundbrunnen 1500.— (darunter Fischer u. Koch 9.—). 6. Kr. (Moabit) 312,60 (darunter Raifeier-Ueberschuß 1893 128,60, Massenball v. 14. Januar in der Kronenbrauerei 98,40, amerik. Kult. i. d. Versuchsbrauerei v. Negativ und Positiv durch Sänger aus Moabit 2,60, Wette d. Adam u. Buchholz 3.—). Berlin, div. Beitr.: P. S. 50.—, H. B. 50.—, Dr. L. A. 20.—, H. P. 2.—, Auf zur Wahl! 2.—, Dr. H. B. 100.—, Pianofortefabrik Alte Jakobstr. 182 21,50. 5 Kontrollrüber (ehemalige Achtundvierziger) 1,80. S. G. 300.—, V. S. der freien Vereinigung der Kaufleute 20.—, W. K., Köpenickerstr. 3.—, M. S. 20.—, Bierprocente W. St. 10.—, Dr. H. 500.—, Dr. M. D. 5.—, Von den Stockarbeitern bei Goldbach 10.—, G. P. 20.—, H. G. 3.—, P. M. 3.—, Fräulein E. 3.—, Ueberschuß von der Fahrt nach Müggelheim 3,50. M. W., Markthalle Markheideplatz 10.—, Gesangsverein „Deutsche Linde“ 10.—, Tapezierer Landbergerstraße 50,05. Die rothen Tischler aus der Johannistr. 8.—, Pufferkolonne Schiffe 8.—, W. H. 50.—, Rauchklub „Elorado“ 8.—, Stuhlfabrik W. Alowitz 3,55. Tischlerwerkstatt Gebr. Verch, Steglitzerstr. 82, 10,80. Von den Nothen aus der Mödernastraße 4,80. Von einer sozialdemokratisch gesinnten Schreinerin 3.—, Von den singenden Märkern zum Wahlkampf des Proletariats 30.—, Köpfer vom Bau Schenk 3,40. Internationaler Massenball in Tempel's Festhallen 9.—, Puffer vom Bau Flemmingstraße 9.—, Gesangsverein Kornblume 50.—, Kunst- und Metallgießerei Pringensstr. 4,95. D. Pietsch 3,40. Zum Kriegsfonds, Ueberschuß der Pufferkolonne Ruhnow 8.—, Gesammt von Genossen am Bierisch, Reutenburgerstr. 1,50. Durch Hilpert von Brauern 50.—, Ein Getreuer aus dem Centrum 5.—, Bau Kölln, Kolonne Speer-Puffer 2,30. Drei v. Fregische grüne Jungens aus Moabit 3.—, L. M. 2.—, A. E. 3.—, Pufferkolonne Joachimsthalerstr. 29 8.—, Mag Bading 150.—, Jakob Bamberg 50.—, Von den Puffern aus der Brücken-Allee d. Wille 4,50. Stallhul Caro-Sieben 1. Rate 2,10. Hartmann Laskallebaste, Raifeier Bögow 1.—, Luther-Worms 300.—, Pufferkolonne Bau Kleipstr. 24 16,75. Personal des „Vorwärts“ 150.—, Dr. L. 1.—, Acht sozialdemokratische Vegetarier 7,50. Gesangsverein Berliner Buchdrucker 50.—, Kolhe Buchbinder aus der Grünstraße 5.—, Von den Nothen aus der Mödernastraße 2. Rate 9.—, Kollerlohn 30.—, Pufferkolonne Schiffe 2. Rate 8.—, In der Expedition des „Vorwärts“ bis zum 31. Mai gesammelt 5348,90. Bredow, Herrenpolonaise Schönenhaus 1,30. W., H. W. 10.—, Warmbeck, Pfeifenklub Esmeralda 50.—, Warmbeck, Klammotten 2,70. Brüssel, H. K. 100.—, Braunschweig 300.—, Bredow-Stettin, Ueberschuß von einem Kranz 1.—, Bant H. 2,305. Brödingen 5.—, Boppard 3.—, Bulareff Klub der Sozialdemokraten deutscher Junge 241,98. Bremen, gef. auf einer rothen Hochzeit 8.—, Brüssel, S. A. B. V. Fraternität 40.—, Conradsthal, Raifeier 5.—, Copitz a. E. 7.—, Cottbus, Höhe 10.—, Charlottenburg, Schlüterstr. 60,

von 10 Bauhandwerkern 5,50. Dresden, Glaferbude aus Weltfeiertags-Sympathie 6.—, Dahme W. E. 4.—, Deutsch-Wilmersdorf K. V. Ueberschuß vom 3. Stiftungsfest 50.—, Dresden, revolutionäre Maler 3,10. Elberfeld, Ueberschuß vom Vergnügen der Sattler 9,80. Erie (Nordamer.) F. Repler 4,22. Falkenberg i. Oberschl. 20.—, Gersdorf, Turnverein Germania. Abendunterh. 1,15. Glasgow (Schottl.) G. Fr. 20.—, Glöckstadt, v. alten Zielbewußten 30.—, darunter von Borstleth d. Gl. 3.—, Hamburg G. M. 5.—, Desgl. von zwei sozialdemokratisch gesinnten Staatsbeamten 30.—, Desgl. v. einem sozialdem. gesinnten Jünger Merkurs 15.—, Desgl. v. Frank's Bau, Bullenhofer Damm 20.—, Desgl. Ueberschuß von 1893 Sparkl. Morgenroth 9,50. Hannover 1000.—, Gagnau i. Schl. 30.—, Hastedt, Funke 200.—, H.-Münden, von einer rothen Konfirmation 1,50. Desgl. von einer rothen Kindtaufe 2,80. Hamburg, von den Jüngern Hans Sachs 50.—, Harburg, von den Gerbern 10.—, Hastedt F. B. 50.—, Hamburg-Altona, Liedertafel der Zimmerer Hamburgs 50.—, Hamburg G.-F. Maurer Deutschlands d. Dammann 500.—, Almenau G. J. 15.—, Raib b. Dresden, rotte Hochzeit 4,80. Al.-Steinheim 10.—, Ralsch-Weienthal d. E. 7,50. Luxemburg 2. 400.—, Luxemburg 20.—, Langburkersdorf D. M. 5.—, London Fr. E. 240.—, Desgl. L. R. 20.—, Desgl. Dr. med. Fr. 40.—, Desgl. Komm. A. B. B. 49. Lotenham St. 102.—, darunter aus Jabnes Fabrik gef. d. Wiese 16,30. Leipzig, Gesangsverein H. und B. 15.—, Desgl. Gesangsverein B. 25.—, Ludwigsplatz i. M., H. P. 3,05. Leipzig, Rotenbacher Unterstützungsf. 20.—, Myslau i. B. 75.—, Marzahn 9.—, Markewitz, H. 10.—, Markneirichen, A. B. 3.—, Mailand, Zentralkomitee d. Ital. Arbeiterpartei 100.—, Neustadt i. Oberschl., eine Patrone zur Wahlschlacht 5.—, New-York, Nat. Exel. d. Soj. Arb.-Part. I. Rate 248,75. Oesterreich, ein Tropfen zum Wahlfonds 8,25. Pflauen-Dresden, M. Gr. 20.—, Paris, vom sozialdemokr. Klub in 3 Raten à 50 M. 240.—, Nirdorf, G. P. 100.—, Radolfzell, R. B. —50. Rathenow, d. Schulle 15.—, Rumänien, sozialdemokr. Arbeiterpartei 240.—, Nirdorf, amerik. Auktion von 2 Holzstöcken und einem Strumpfstöcker 5,51. Rosenheim, weil uns der Wendelstoa gor mit mog 3.—, Rathenow 3.—, Steglitz, In 130.—, Tiefenfurt G. H. 8,25. Ulm, U. 50.—, Velten 10.—, Wilhelmshaven, amerik. Auktion, veranfalet v. 18 Holzwürmern 13.—, Wolfenbüttel, rauchloses Pulver zum Sturz sog. Ordnungssäulen 9,80. Wien, sozialdem. Partei 500.—, Zschopau 16.—, Zürich, deutsche Sozialisten in der Schweiz d. E. B. in 2 Raten à 500.—, M. 1000.—.

Berlin, den 8. Juni 1893.

Für den Parteivorstand
A. Gerisch, Rahbachstr. 9, I.

Der Hokuspokus der preussischen „Wahlreform“.

Noch gerade zur rechten Zeit, um bei der Reichstags-Wahlbewegung seine Wirkung ausüben zu können, haben in der abgelaufenen Woche die im preussischen Abgeordneten-hause veranzigten Kartellparteien einen Beweis dafür geliefert, wie gering sie die Ansprüche des Volkes auf Beteiligung an den Staatsangelegenheiten achten und wie kläglich sie die bestehenden Volksrechte verkommen werden, wo sich ihnen nur eine Gelegenheit bietet.

Es war nicht seine Absicht, gleich heute Frau Nalm's Einladung zu folgen. Morgen, wenn er seine Stunden im Pensionat beendet hätte, wollte er sich ihr in aller Form vorstellen. Lussy war damit einverstanden.

Als sie an der Landungsbrücke des Hotels hielten, hörten sie über sich eine Stimme rufen: „Gott sei Dank, da sind Sie endlich, ich habe schon schreckliche Langeweile gehabt.“

Emporschauend sah Dettinger eine noch jugendliche dunkeläugige Blondine, ganz in schwarzen Atlas gekleidet, die sich unter fortwährendem Gepolter mit heiterer Miene über das Gelände beugte, bis die Ankömmlinge oben waren und die Vorstellung erfolgte. Frau Nalm, die, als sie nun aufgerichtet dastand, eine majestätische Erscheinung war, aber das leuchtendste Gesicht von der Welt hatte, reichte Dettinger sogleich die Hand und wollte durchaus nichts davon hören, daß er wieder umkehre.

„Lieber, goldener Herr Dettinger,“ rief sie mit ostpreussischer Zutraulichkeit, „das können Sie mir nicht antun, nachdem ich um Ihre Willen den ganzen Tag wie in einer Wüste zugebracht habe. Mit diesen Leuten hier ist ja nicht zu reden. Die einen gurgeln englisch, die andern näseln französisch und die dritten glauben zwar deutsch zu sprechen, es ist aber nur ihr abscheuliches Schwizerbütsch, das kein anständiger Mensch verstehen kann. Nein, nein, ich habe mich so auf Sie gefreut, ich lasse Sie nicht los. Den Rahn? — ach, den schicken wir durch einen Knecht aus dem Hotel zurück. — Und Sie, Kleine,“ wandte sie sich an Lussy, deren Hand sie mittlerweile in der ihrigen gehalten hatte, „Sie machen jetzt eiligst zu Tisch Toilette, Sie haben höchstens noch eine Viertelstunde Zeit. Ich gehe mit Herrn Dettinger nach der Terrasse, dort finden Sie uns. Und

Glanz der Mittagssonne überfluthet, lag der See in seinem Kranze von Gebirgen, von den vielackigen waadtländer Alpen bis zu den im Sonnenebel verschwimmenden Wellenlinien des Jura, und zu ihren Füßen die Stadt, überragt von der herrlichen Kathedrale. Die in zwei Bogentreifen über das Thal des Flon führende grandiose Brücke, welche die Stadt mit der weltberühmten Promenade Montbenon verbindet, leuchtete in der Sonne wie Marmor. Nach allen Seiten waren weiße Willen zwischen dem jungen Grün der Gebäude zerstreut, und auf dem bläulich glühenden Spiegel des Sees entfalteteten lateinische Segel ihre vogelähnlichen Schwingen.

Wie mußte diese Pracht ein Auge entzücken, das an die vergleichsweise Formenarmuth und Farblosigkeit der norddeutschen Ebene gewöhnt war. Lussy lebte nun zwar schon einige Zeit in diesem Paradiese, aber sie war nie so hoch gestiegen, hatte alle Schönheit immer nur vom Ufer aus geschaut. Dettinger weitete sich an ihrem Entzücken.

Am Rande des Gehlges stand eine Bank, auf der sich Beide niederließen. Hier saßen sie in vertraulichem Gespräch, bis die immer weicher werdende Nachmittagsstimmung der Landschaft, der sich vertiefende bläuliche Schatten in den Einklüftungen der Savoyer Alpen drüben sie daran mahnte, daß es Zeit sei, aufzubrechen, wenn sie um sieben Uhr in dem Hafenort Duchy sein wollten.

Sie hatten einen ziemlich weiten Weg vor sich, aber Beide waren gut zu Fuß, und nach einer Stunde tüchtigen Ausschreitens, wobei es durch die auf- und absteigenden Straßen der Stadt ging, langten sie an dem Ufer des See's an, über dessen tiefblauer Fluth ein rosiges Flor sich zu breiten begann. Dettinger nahm eine Barke, um Lussy nach dem nahegelegenen Hotel zu rudern und dann um-

Seit längerer Zeit bereits beschäftigte sich das Abgeordnetenhaus mit einer „Wahlreform“. Für Preußen besteht die schöne Einrichtung des Dreiklassen-Wahlrechts, das die Wahl der Abgeordneten völlig den wohlhabenden Klassen in die Hände giebt, sobald dieselben, wie das jetzt in Deutschland der Fall ist, in einen gemeinsamen Gegenjah gegenüber der Arbeiterklasse gerathen sind. Dieses herrliche System fungierte bisher folgendermaßen: Zunächst wurde ein jeder Wahlkreis in eine Anzahl Wahlbezirke getheilt, je nachdem 100 bis 200 oder mehr. In den einzelnen Wahlbezirken wurden die Wahlberechtigten (jeder Preuße über 24 Jahre ist wahlberechtigt) in drei Klassen derart nach ihren Steuern zerlegt, daß auf die Wohlhabenden in der ersten Klasse der nämliche Gesamtsteuerbetrag entfiel, wie auf die mittlere Gruppe in der zweiten Klasse und die ärmere in der dritten Klasse. Eine jede dieser drei Gruppen wählt dann einen, oder wenn der Wahlbezirk sehr groß, auch zwei Vertreter, „Wahlmänner“ genannt. Erst die sämtlichen Wahlmänner eines Wahlkreises treten zusammen, um einen oder auch mehrere Abgeordnete zu wählen. Bei diesem System kann die überwiegende Masse des Volkes, die in der dritten Abtheilung zusammengefaßt ist, es günstigsten Falls auf ein Drittel aller Wahlmänner eines Kreises bringen, kann also nie aus sich heraus einen Abgeordneten wählen. Die Öffentlichkeit der Stimmabgabe ersichert noch dazu den in wirtschaftlich abhängiger Stellung befindlichen Wählern die freie Ausübung des Wahlrechts auf das äußerste. Die sozialdemokratische Partei hat es daher verschmäht, sich an den Wahlen zum preussischen Abgeordnetenhaus zu betheiligen. Aber selbst bei den anderen Parteien hat sich allgemach ob dieses verkehrten Systems ein starkes Unbehagen eingestellt, daß in Fürst Bismarck's Munde den drastischen Ausdruck fand, das preussische sei das elendeste aller Wahlsysteme. Wenn trotzdem der alte Millionärzuchtler noch die Bourgeoispartei an eine Wahlreform sich heranmachen, so lag das daran, daß sie sehr bald zu der Erkenntnis kamen, in diesem elendesten aller Systeme ein Bollwerk gegen das Eindringen der Sozialdemokratie in das Abgeordnetenhaus zu besitzen. Und sie müßten nicht Interessenpolitiker vom Scheitel bis zur Sohle sein, wenn sie sich die Sachlage nicht zu Nutzen gemacht hätten.

Erst jetzt unter der Herr Caprivi-Miquel haben Veränderungen der Steuererhebung Regierung und Parteien zu einer Befassung mit der Wahlreform genöthigt. Auf Grund der ersten Verhandlungen im Abgeordnetenhaus war man übereingekommen, sämtliche Steuern, auch solche, die aus irgend einem Grunde, wie die untersten Stufen der Klassensteuer in früheren Jahren, nicht mit zur Erhebung gekommen waren, der Klasseneinteilung zu Grunde zu legen. Ferner hatte die Zentrumspartei, die sich trotz ihrer von dem Reife-Engel wieder betonten angeblichen demokratischen Grundzüge nicht zur Befürwortung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts ausschlagen konnte, wie es doch die freisinnige Partei wenigstens gethan hatte, in ihrem Partei-Interesse die sogenannte Zwölftelung der Steuerbeträge durchgesetzt. Diese Zwölftelung lief darauf hinaus, daß die Gesamtsteuerbeträge der drei Klassen in den einzelnen Bezirken nicht einander gleich sein sollten, sondern daß der Steuerbetrag der ersten Klasse gleich $\frac{1}{12}$ der Gesamtsteuer, der der zweiten Klasse gleich $\frac{2}{12}$ und der der dritten Klasse gleich $\frac{9}{12}$ betragen hätte. Diese geringfügige Verschiebung der Wählertheilung zu Gunsten der dritten Klasse sollte dann noch dadurch zu Ungunsten der ersten Klasse verstärkt werden, daß die Steuerbeträge über 2000 M. bei der Berechnung nicht in Ansatz kommen sollten. Das hätte erspart, was jetzt sehr häufig vorkommt, daß die erste Klasse eines Bezirkes ausschließlich durch eine einzige Person, den Rittergutsbesitzer oder Großindustriellen des Bezirkes gebildet wird, der dann einen oder gar mehrere Wahlmänner zu wählen hat, also ebenso viel Einfluß auf den Ausgang der Wahl ausübt wie Duzende von Wählern der zweiten oder Hunderte von Wählern der dritten Klasse. Den Zentrumsmännern war deshalb an dieser Bestimmung nicht an der Zwölftelung gelegen, weil sie auf solche Weise, den Einfluß der meist nationalliberalen Großindustriellen in den katholischen Bezirken Rheinlands und Westfalens beschneiden zu können. Aus dem nämlichen Grunde waren natürlich die Nationalliberalen erbitterte Gegner dieser Neuordnung. Dadurch, daß die Konservativen ihre Stimme zu Gunsten des Zentrums in die Waagschale warfen, ging zunächst die Zentrumsfassung durch.

Nun kam aber das Herrenhaus an die Reihe. Man merkt von dem Dasein dieser erkünstelten Organisation, die den Einfluß des Adels und Großgrundbesitzes auf Preußens hören Sie, Tuschchen,“ rief sie der Davoneilenden nach, „daß Sie sich hübsch machen! Das blaue Kleid mit der Sammettaffe und dem breiten Spitzenkragen, Sie wissen, ich will heute mit Ihnen Staat machen. Da sind so ein paar ausgieblene Engländerinnen angekommen,“ wandte sie sich erklärend an Dettinger, „die müssen wir ausstecken, das habe ich mir fest vorgenommen.“ Dabei ballte sie ihre kleinen milchweißen Hände und schlug damit wie ein schadenfrohes Kind aufeinander. So schritt sie mit Dettinger, den ihr Gepolter höchlichst ergötzte, die Kieswege zwischen den Blumenstüben zu dem höher gelegenen Hotel hinan, auf dessen prächtiger, von farbigen Marmorfüßen getragener Veranda die Versammelten Gäste der Ankündigung des Diners harrten. Als die beiden sich umkehrten, strahlte die ganze Kette der Savoyer Alpen in durchsichtigem Rosenroth.

„Oh, quo c'est beau, quo c'est beau!“ tönte es begeistert von allen Seiten und dazwischen ließ sich hier und dort ein bedächtiges „beautifal“ hören.

Tussy kam gerade noch zum Schluß des herrlichen Schauspiels. Dettinger hatte sie noch nie so elegant gekleidet gesehen und war von ihrer Erscheinung wirklich überzast. Der dunkelblaue Sammet, der ihren zierlichen Wuchs eng umspannte, machte sie zwar etwas bleich, aber es war eine weiche, liebliche Blässe, die, wie von innerer Erregung flammend, den Augen erhöhten Glanz verlieh.

Frau Malin drückte ihre Zufriedenheit mit Tussy's Toilette aus, zupfte an dem Spitzenkragen und den Strümpfchen, die jene auf ihren Wunsch jetzt trug, hier und da noch etwas zurecht, und legte, als die Glocke zum Diner erkündete, ohne Umstände ihre zarte kleine Hand in Dettinger's Arm, um sich von ihm zu Tisch führen zu lassen. Sie hatte die Plätze am oberen Ende des Tisches belegt und nahm an der schmalen Seite Platz, während Dettinger rechts und Tussy links von ihr saßen.

(Schluß folgt.)

Geschichte wahren soll, nur dann etwas, wenn es sich um die volksfeindliche Verschlechterung irgend einer Einrichtung handelt. Die Nationalliberalen, die Partei der Großindustriellen, hatten auch diesmal nicht vergeblich auf werththätige Hilfe der feudalen Hochburg gewartet. Das Herrenhaus strich sowohl die Zwölftelung, wie die Nichtanrechnung der Steuern über 2000 Mark, und nun stimmten, als das Gesetz an das Abgeordnetenhaus zurückgegangen war, die Konservativen brüderlich mit ihren Kartellfreunden, den Nationalliberalen, zusammen für die herrnhäuslerische Wiederherstellung des elendesten aller Wahlgesetze in seiner elendesten Fassung. Die ganze „Reform“ ist also darauf hinausgekommen, daß alles beim Alten bleibt.

Für das Volk, für unsere Partei insbesondere wäre auch nichts damit gewonnen gewesen, wenn das Wahlgesetz nach den Wünschen des Zentrums gestaltet worden wäre. Die gesammten Vorgänge, welche sich an diese sogenannte Reform knüpfen, sind für uns nur deshalb werthvoll, weil sie zeigen, was das Volk von diesen Parteien eigentlich zu erwarten hat. Das Zentrum ist nur da um einen Schatten weniger reaktionär in den wichtigsten politischen Fragen, wo es glaubt einen Vortheil für sich heraus schlagen zu können. Die Nationalliberalen aber entpuppen sich mehr und mehr als die reine Klassenvertretung der Großindustrie, die dem in der konservativen Partei verfochtenen Großgrundbesitz brüderlich die Hand reicht, um die Volksrechte zu zernichten und den Volkswohlstand zu Gunsten des eigenen Säckels zu schröpfen. Das Bündniß, das die preussische „Wahlreform“ schuf, war nur ein Abglanz des Bündnisses, dem wir die „Steuerreform“ mit ihrer Belastung der unentbehrlichsten Lebensmittel zu danken haben.

Als eine Warnung müssen uns diese Vorgänge im preussischen Abgeordnetenhaus aber auch dienen, daß wir auf unserer Hut sind vor ähnlichen volksfeindlichen Machenschaften im Reichstage. Das Volk hat es in seiner Hand, am 15. Juni dafür zu sorgen, daß den reaktionären Parteien jedwede Möglichkeit zu neuen Beeinträchtigungen des Volkrechts genommen wird.

Aus dem Reiche des Herrn von Stephan.

Man schreibt uns:

Es ist das Verdienst des „Vorwärts“ und der sozialdemokratischen Reichstags-Abgeordneten, die betrübende Lage der Post-Untergebenen wiederholt mit Erfolg zur Sprache gebracht zu haben. Wir erinnern an den im „Vorwärts“ veröffentlichten Schulz-Erlaß, betreffend die Anknüpfung der Post-Untergebenen durch gewerbsmäßige Geldleiher, ferner an die Schwurgerichtsverhandlung in Elberfeld, wo die Geschworenen und Richter für einen zu vier Monaten Gefängniß wegen Unterschlagungen verurtheilten Post-Untergebenen sofort ein Gnadengesuch beschwor und eine freiwillige Sammlung veranstaltet haben; wir erinnern weiter an die im „Vorwärts“ geschilderten Wohnungsverhältnisse der Post-Untergebenen und an die Post-Spar- und Vorschußvereine, die im Jahre 1890 nicht weniger als 28 445 Vorschüsse im Gesamtbetrage von $\frac{1}{4}$ Millionen Mark und im Jahre 1891 sogar 31 835 Vorschüsse im Gesamtbetrage von $\frac{1}{4}$ Millionen Mark gewährt haben. Bei der dritten Beratung des Postetats im März d. J. hat Excellenz Paul David Fischer unter anderem zugeben müssen, daß das Anfangsgehalt der Untergebenen nicht einmal bei der Preussischen Eisenbahn-Verwaltung so niedrig ist, wie bei der Reichs-Postverwaltung. Nach dem Postetat werden die Land-Briefträger mit 650 M., die Paketträger und Stadtpostboten mit 700 M., und die Postschaffner und Briefträger mit 900 M. „etatmäßig“ angestellt.“ Aber die große Mehrzahl aller Postunterbeamten in den Provinzialstädten und auf dem Lande bezieht nur einen Tagelohn von 1,50 M. Hierfür sind im Postetat bei Titel 34 und 35 mehr als 21 Millionen Mark angeführt. Von den 191 317 Beamten und Untergebenen der Reichs-Postverwaltung sind im Ganzen noch nicht einmal 58 000 Beamte und Untergebene etatsmäßig angestellt; alle anderen sind Diätäre oder richtiger Tagelöhner. Zieht man noch in Betracht, daß nach der Statistik des Herrn von Stephan die Postunterbeamten reich mit Kindern begeset sind, so ist es im Hinblick auf die bestehenden Gesetze zwar nicht zu rechtfertigen, aber doch milde zu beurtheilen, wenn einzelne Postunterbeamte zu Weihnachten oder Neujahr von Geschäftshäusern Geldbeträge als Geschenke angenommen haben. Man lese den folgenden neuen Erlaß:

Berlin O., 13. Mai 1893.

In neuerer Zeit sind wiederum Fälle zur Kenntniß des Reichs-Postamts gekommen, in denen Beamte zu Weihnachten von Geschäftshäusern Geldbeträge als Geschenke angenommen haben, obwohl die Annahme solcher Zuwendungen wiederholt als unstatthaft bezeichnet worden ist. Gegen die pflichtvergessenen Beamten ist mit Strenge eingeschritten worden.

Die Kaiserlichen Verlebensanstalten werden mit Bezug auf die Verfügungen vom 13. März 1876, B 3390, und vom 23. Januar 1880, B 880, veranlaßt, dem nachgeordneten Personal von Vorstehendem Nachricht zu geben.

Die Herren Amtsvorsteher wollen mit Strenge darauf halten, daß das Verbot der Annahme von Weihnachts- und Neujahrs Geschenken durchweg beachtet wird.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor,

Geheime Ober-Postrat

Griesbach.

B. 17/21.

Es ist die bekannte postalische Milde, genannt „Wohlwollen“!

Ob nunmehr auch die berühmten rekommandirten Neujahrswünsche aufhören werden? Wir erwarten es! Aber so lange die dem Staatssekretär des Reichs-Postamts unterstellte „Kaiser-Wilhelm-Stiftung“ Geschenke und Zuwendungen von Lieferanten der Post annimmt (siehe die Dankfagnungen), so lange wird es wohl beim Alten bleiben. Wir sind allerdings grundsätzlich gegen alle Geschenke und Trinkgelder und werden nach wie vor eine bessere Bezahlung der schwer geplagten Post-Untergebenen erstreben.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 8. Juni.

Der „Reichs-Anzeiger“ vom 8. Juni kämpft in seinem nichtamtlichen Theil einen erbitterten Kampf gegen die Wahlflugblätter und die Wahlagitator der Oppositionsparteien in Sachen der Militärvorlage. Die Generalstabler, die im Schweiße ihres Angesichts sich mit den Details abgequält haben, dürfen dessen sicher sein, daß ihre Liebesmüh' umsonst ist. Auf kleine Zahlenunterschiede und nebensächliche Dinge, worüber sich die Militärkassisten mit einem großen Aufgebot talumdischer Sittenstocherei und Habilität abquälten, kommt es gar nicht an. Der Alp des volksverwüstenden Militarismus erdrückt die Masse, hinweg mit ihm ist die Lösung. Alles andere ist Schall und Rauch. Herr Eugen Richter, gegen dessen Darlegungen sich der „Reichs-Anzeiger“ des öfteren wendet, mag sich über all' den Kleinkram mit dem amtlichen Organ auseinandersetzen. Wir beschränken uns heute darauf, festzustellen, daß Graf Caprivi mit seinem Zahlenwerk nur gegen Windmühlen kämpft, ein Don Quixote des kapitalistischen Soldatenstaates, während die Wählerschaft einhellig ihr Urtheil fällen wird! —

Aus der „Ferienkolonie“. Ein Soldaten-Selbstmord wird abermals als Leobischitz gemeldet. Wie die „Oberstl. Volks-Ztg.“ berichtet, hat sich dort ein Husar der fünften Schwadron des dortigen Husaren-Regiments erschossen. Näheres war über den Selbstmord noch nicht zu erfahren. Seit kurzer Zeit ist dies der dritte derartige Fall beim Regiment. —

Reptilischer Schwindel. Die Heilmeyer der Reaktion bieten alles auf, um die Bevölkerung über die Deckungsfrage der Vorlage hinwegzutäuschen. Jedoch die Wähler protestiren gegen die Vorlage so gut wie gegen die böstlichen Mittel zu ihrer Deckung, als da sind indirekte Steuern, Zölle, Monopole. Wenn also irgend ein Ober-Offiziosus humbugt: „Eine Verständigung über die Deckungsfrage ohne Belastung der schwächeren Schichten wird sich unschwer erreichen lassen, wenn in der Hauptsache erst einmal ein klares, positives Ergebnis vorliegt“, so lacht das Volk dieses Gimpelsängers. Nur die Masse, das weiß jetzt der Gleichgiltigste, müßte auch diesmal wieder die ganze Beche zahlen. — Man trau' nicht den Besichtigungs-Poskräthen, die offiziöses Del in die stürmische Fluth der Wahlbewegung gießen, um die Wähler einzulullen! —

Allerlei Vorzeichen. Der Verfasser des bekannten gegen die Soldatenmißhandlungen in Bayern gerichteten Erlasses, Kriegsminister v. Safferling ist verabschiedet worden. An seine Stelle ist ein Generalleutnant v. Aisch getreten. In Sigl's „Waterland“ liest man nun:

Ueber den Wechsel im Kriegsministerium wird man seine Gedanken haben dürfen; wir haben sogar schon Bedenken. Es ist kaum zu zweifeln, daß der Wechsel weit weniger in der Krankheit des Herrn v. Safferling als in — Anderem begründet ist. Herr v. Safferling ist ein echt blauweißer Baver durch und durch, sowohl bürger- als auch soldatenfreundlich; er nahm sich stets der Soldaten an, auch gegenüber Offizieren, und wurde deshalb von den Soldaten überaus hochgehalten und geliebt. Dem Drängen von Berlin her, namentlich in der Frage des Militär-Gerichtsverfahrens magte er noch zu opponiren, wenn auch unter dem schweren Druck der bekannten — Verhältnisse. Der neue Kriegsminister Herr v. Aisch paßt zu diesen „Verhältnissen“, ist der Vertreter der bekannten militärischen „Schneidigkeit“ und — na, wir werden ja sehen! Charakteristisch ist, daß jetzt die höchsten militärischen Chargen in München — Monocles tragen, so „schneidig“, wie die jüngsten Berliner Javelentenanten. Wir fürchten sehr, daß die Aenderung mit Militärvorlage und Militär-Gerichtsverfahren recht fatal zusammenhängt! —

Postalische. Wir machen unsere Leser auf die zwei Artikel unserer heutigen Nummer aufmerksam, die sich mit der Lage der Post-Untergebenen beschäftigen, nämlich: Aus dem Reiche des Herrn v. Stephan (Hauptblatt) und: Die Bedeutung der Reichstags-Wahlen für die unteren Postbeamten (1. Beilage). Die befreundeten Blätter werden im Interesse der Sache um raschen Abdruck ersucht. —

Offizielle Mache. Ueber den Stand des bayerischen Staatshaushalts-Stats soll der Finanzminister von Riedel im Ministerrath nach den „Münch. Neuest. Nachr.“ wieder sehr günstige Mittheilungen gemacht haben; in Beamtenkreisen wenigstens werde davon gesprochen, daß auch der nächste Landtag über die Verwendung reichlicher Ueberschüsse zu befinden haben werde, selbst dann, wenn die Kosten einer neuen Militärvorlage auf die Matrularbeiträge übergewälzt würden, was indess wenig wahrscheinlich erscheint. Offenbar ist die Nachricht ein Köder für gläubig-militärfromme Seelen. Wären Ueberschüsse da, dann müßte die Kammer sofort dafür sorgen, daß man die wirtschaftlich gedrückten Volksschichten durch eine eingreifende Steuerreform entlastete. —

Wirklich? Zu der auch von uns gebrachten Nachricht der „Freisinnigen Zeitung“, daß der Geheime Finanzrath Köhler in Schlesien Branntweinmonopol-Studien mache, bemerkt die „Kreuz-Zeitung“, daß Köhler nur der Begleiter zweier belgischer Finanzbeamte gewesen sei, die im Auftrage ihrer Regierung sich über die Erhebungsweise der Verbrauchsabgabe hätten unterrichten wollen. Niederschleien sei von Köhler nur am 29. Mai besucht worden. Der Besuch hatte lediglich den Zweck, in Grünberg von der seit wenigen Jahren dort kräftig und unter eigenartigen Betriebsverhältnissen emporblühenden deutschen Cognak-Industrie Ueberzeugung zu nehmen. Wenn das am Schnaps lebhaft interessirte Organ der ostelbischen Fuselbrenner, denen ein Rohspiritusmonopol so recht nach ihrem Geschmack ist, eifrig abwiegelt, so verstehen wir eine solche Taktik. Aber die Wähler sind trotz aller Abwiegelungsversuche sich darüber klar, daß die Steuerkünstler der Regierung die nothwendigen Lebensmittel als fruchtbarstes Objekt betrachten und weder vor höherer Brauersteuer, noch vor einem Spiritusmonopol zurückweichen. —

Vom „festen Thurm“ und von den Gütelesingen. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht gleich anderen Blättern eine Erklärung von

Katholiken des Rheinlands, d. h. Anhänger des Schorlemer, worin das Verhalten der Zentrumsmehrheit für unpolitisch erklärt wird. Die „rheinischen Katholiken“ seien keine Gegner der Militärvorlage, sie sähen davon ab, sich völlig von der Partei des Zentrums zu lösen und eine „besondere, die bewährten Ueberlieferungen wieder aufnehmende Partei“ zu gründen, weil sie hofften, die gegenwärtige Mehrheit zu gemeinsamem Vorgehen umzustimmen. „Den einzelnen Wahlkreisen“, heißt es dann, „mag es überlassen bleiben, ob sie unter den obwaltenden Umständen und gegenüber der aus früheren Zeiten noch vorhandenen straffen Organisation des rheinischen Parteiausschusses katholische Kandidaten zur Wahl stellen wollen, welche auf dem Boden des v. Huene'schen Antrages stehen.“ Eine vorlautere und weniger berechtigte Demonstration als die der sogenannten „rheinischen Katholiken“ ist wohl selten unternommen worden. Sie zeigt Eines, daß das Zentrum zerbröckelt. Aber die Kundgebung schlägt den Thatsachen ins Gesicht durch die aus bester Lust gegriffene Behauptung, daß das katholische Volk im Rheinland für die Vorlage sei. Die große Masse der rheinischen Wähler steht im schroffsten Gegensatz zum Militarismus. Die Katholiken freilich, die dem Pindler ihr Manifest geschickt haben, sind Quenelinge. Wir haben folgende so anschauliche wie beweiskräftige statistische Uebersicht der Unterzeichner nach ihrem Verufe herausgerechnet. Unterzeichnet haben:

Quittbesitzer	Fabrikanten	Rentner	Landwirthe	Wagnermeister	Sonstige Würdenträger
31	4	1	9	2	8
darunter 4 Grafen, 7 Freiherren, 4 Herren von.			darunter 1 Graf, 2 Freiherren, 1 Herr von.		darunter 1 Staatsprofessor, 1 Landesdirekt., 1 Landestath, 1 Justizrath, 1 Kommerzienrath, 1 Handelskammerpräsident, 1 Geh. Regier.-Rath, 1 Oberlieutenant a. D.

Daß diese Herren zu den Quenelingen gehören, leuchtet ein. Aber die große Masse der katholischen Wähler des Rheinlands wird am 15. Juni ihre antimilitaristische Gesinnung dadurch bekunden, daß sie nur entschieden Gegnern der Vorlage ihre Stimme giebt. Am Tage nach der Wahl — sie sind recht triftig für die Reaktion, diese Leudemains — möge die Pindlerschaft die Ziffern der sozialdemokratischen Stimmen im Rheinlande zählen!

Die Nationalliberalen unter sich. Im 19. hannoverschen Wahlkreise, wo 1890 Bismarck gewählt worden ist, geht es recht munter zu. Während unsere Partei zusehender vorgeht, ist unter den Nationalliberalen und verwandten Kartellbrüdern eine heftige Fehde entbrannt. Der Schoof, der Bismarck-Hahn, der Sattler stritten um die Palme des Durchfalls. Endlich ist Schoof, der nationalliberaler Landtags-Abgeordneter ist, zurückgetreten. Die „National-Zeitung“ stellt ihm folgendes Fleißzeugniß aus:

Herr Schoof hat allerdings durch die mancherlei Vorgänge nicht gerade an Beliebtheit gewonnen und eine von dem nationalliberalen, für Sattler wirkenden Amis-Komitee von Geestemünde, Sehe und Neuhaus erlassene Erklärung sagt ihm in Anspielung auf die eigenartige Rolle, welche er schon bei der Wahl des Fürsten Bismarck 1891 gespielt hat, bittere Wahrheiten. Es heißt in der übrigens vor dem Rücktritt Schoofs verfaßten Kundgebung: Die Stunde ist zu ernst, als daß wir nicht die Pflicht erkennen sollten, unsere Rechnung mit Herrn Schoof ins Reine zu bringen. Herr Schoof hat 1891 mit den Interessen und dem Ansehen dieses Wahlkreises und der ganzen Nation ein frevelhaft leichtfertiges Spiel getrieben. Seine übernommenen Garantien hat Herr Schoof nicht einlösen, seine Verpflichtungen nicht erfüllen können. Herr Schoof hat ein Vierteljahrhundert im Abgeordnetenhaus der nationalliberalen Partei angebracht, und nachdem die Partei diesen Tag unlängst festlich begangen hat, macht er, ein Offizier der Partei, sich an die Arbeit, mit von langer Hand wohl überlegtem Plan, ihr einen Wahlkreis, der zu den sichersten der nationalliberalen Partei gehört, zu rauben, indem er uns einen der unstruppigsten Streber aufzubringen sucht, der sich offen zu Parteigrundsätzen bekennt, die den unsrigen mehr entgegen sind, als die von irgend einer Partei rechts und links neben uns. Wir hatten erwartet, zu dem Verrath des Herrn Schoof an seiner eigenen Partei würde von einer autoritativen Stimme Stellung genommen werden, wie wir auch wohl gedacht haben, Herrn Schoofs Taktgefühl möchte so weit mit dem unsrigen übereinstimmen, daß er es nicht mehr für schädlich hielte, ferner einer Partei anzugehören, in deren Mitte er nur noch die Rolle des Judas Ischariots nach vollbrachter That spielen kann. Das „Liberale“ hat Herr Schoof in den Augen unserer Wähler gründlich verloren.

Recht herzhaft gesprochen für die Partei „von Bildung und Besitz“!

Wie man uns in Elfaß-Lothringen behandelt. Eine harte Maßregel, so schreibt man der „Frankfurter Zeitung“ aus dem Saarrevier, ist auf Grund der bestehenden Gesetzgebung in Elfaß-Lothringen über einen Wirth in Merlenbach (Kreis Forbach) verhängt worden. Er hatte sein Lokal dem Reichstags-Kandidaten G. m. e. l. St. Johann zur Abhaltung einer öffentlichen Wahlversammlung vermietet, jedoch verabräumt, sie bei der Kreisdirektion anzuzeigen. Nicht nur wurde die Versammlung gleich nach Eröffnung aufgelöst und Wirth wie Einbrecher erbielten ihr Protokoll, sondern es wurde auch, wie die „Forbacher Zeitung“ hört, seitens der Kreisdirektion Forbach die betreffende Wirthschaft polizeilich geschlossen. Hoffentlich schickt Elfaß-Lothringen diesmal wirkliche Protestler in den Reichstag, das heißt, recht viele Sozialdemokraten, die gegen die Wirthschaft des Diktaturparagrafen und der napoleonischen Zwangsgesetzgebung, die von unseren Chauvinisten jährlich erhalten wird, mit Thatkraft protestiren. Jedenfalls agitiren die Behörden der Reichslande sehr erfolgreich für die Sozialdemokratie.

„Ueber Thema darf nicht gesprochen werden.“ Als am vorigen Sonntag in einer Wählerversammlung zu

Mech der Referent bei Empfehlung der Kandidatur Liebknecht's auf die politische und wirtschaftliche Lage zu sprechen kam, erklärte der überwachende Beamte: Ueber Politik darf nicht gesprochen werden.“ Auf die erste Frage des Referenten: worüber anders als über Politik in einer Wählerversammlung gesprochen werden könne, gab der Überwachende keine Antwort, wiederholte aber das Verbot, über Politik zu sprechen. In einer Wählerversammlung nicht über Politik sprechen dürfen, das beleuchtet recht hübsch die Zustände in den Reichslanden. Natürlich wurde die Versammlung schließlich aufgelöst. Und mit Ingrimm konstatiren die reaktionären Blätter von Mech, daß die Polizei für Liebknecht's Kandidatur wirksamste Propaganda gemacht hat.

Es wird immer hübscher. Der Oberpräsident der Provinz Ostpreußen erläßt folgendes Rundschreiben an die Landesbeamten der Provinz:

Kirchlicherseits wird darüber Klage geführt, daß die Vornahme von Eheschließungen an Sonnabenden vielfach zu Unzulänglichkeiten führe und insbesondere auf das kirchliche Leben schädigend einwirke. Die Geistlichen müßten sich durch die Vornahme von Trauungen am Sonnabend von ihren Vorbereitungen auf die sonntägliche Amtstätigkeit in unermünder Weise ablenken lassen. Vor allem aber würde durch die mit den Hochzeiten verbundenen Festlichkeiten und Zubereitungen, welche sich oft bis in den Sonntagmorgen fortsetzen, die Sonntagsheiligung geschädigt und den Beteiligten der Besuch des Gottesdienstes unmöglich gemacht. — Diese Klagen sind zweifellos begründet. Die erwähnten Mängel werden sich aber ohne besondere Schwierigkeiten wenn nicht völlig beseitigen, so doch wesentlich vermindern lassen, falls die Landesbeamten im Verein mit den Geistlichen dahin wirken, daß die Eheschließungen thunlichst auf andere Tage, als gerade auf die Sonnabende verlegt werden. In den ländlichen Bezirken und den kleineren Städten wird es dem persönlichen Einfluß der Landesbeamten sicherlich in den allermeisten Fällen gelingen, auf die Beteiligten bei der Festsetzung des Tages der Eheschließung in dieser Weise einzuwirken.

Kein Gesetz giebt dem Oberpräsidenten das Recht zu einer solchen Verfügung, die übrigens in ihrer unwürdigen Schönheit für sich selbst spricht. Das Zivilstandsgesetz erlaubt es an keiner Stelle, Eheschließungen an bestimmten Tagen auszuschließen. „Wir“ sind sehr „fromm“ heutzutage.

Börsenstatistische Erhebungen. Nach der „Post“ werden in Berlin und Frankfurt a. M. statistische Erhebungen über die Emissionen veranstaltet auf Veranlassung der Börsen-Enquete-Kommission. Der Plan dazu sei von Professor Schmoller entworfen worden, während die Arbeiten selbst von den der Kommission zugehörigen Assessoren ausgeführt werden. Bei dieser Erhebung wird auch nichts Fruchtbringendes herauspringen.

Der Fall Köster In der „Zeitschrift für internationales Recht“ sind die Entscheidungsgründe des Urtheils abgedruckt, durch das die Auslieferung Köster's verweigert wurde. Nach Ansicht des Bundesgerichts hat das neue eidgenössische Auslieferungsgesetz vom 12. Januar 1892 die Bestimmungen des deutsch-schweizerischen Auslieferungsvertrags nicht abgeändert. Dieser Vertrag läßt die Auslieferung sowohl bei den absolut wie bei den gemischt politischen Straftaten und den mit einer politischen Straftat in Zusammenhang stehenden Vergehen nicht zu, während das Bundesgesetz die Auslieferung bei letzteren gestattet, sofern der politische Charakter der That nicht überwiegt. Die „Kölnische Zeitung“ schreibt, Denunzianten- und Polizeieressele durch und durch:

Der Auslieferungsvertrag ist zu einer Zeit abgeschlossen worden, in welcher die Schweiz noch anderen Ansichten huldigte als jetzt. Es dürfte sich empfehlen, den Vertrag durch einen neuen zu ersetzen, dessen Inhalt mit dem neuen Gesetze in Einklang steht, und damit der eigen thümlichen Zustand zu beseitigen, daß Staaten, die mit der Schweiz keinen Auslieferungsvertrag in früheren Jahren abgeschlossen haben, die Auslieferung flüchtiger Personen in weitem Umfang verlangen und erhalten können, als Staaten, die bereits schon in ein Vertragsverhältnis zu der Schweiz getreten sind.

Das Schweizervolk wird hoffentlich in absehbarer Zeit durch ein Referendum das Auslieferungsgesetz vollständiglicher gestalten, um allen reaktionären Absichten ein für allemal einen Riegel vorzuschieben. Hände fort, muß es heißen.

Helgoländisches. Eine unter dem 17. Mai d. J. ergangene Verordnung, betreffend die Auseinandersetzung zwischen dem Staat und der Gemeinde Helgoland hinsichtlich der Grundstücke des bisherigen Helgoländer Gemeinwesens, bestimmt in der Hauptsache, daß mit einigen besonders aufgeführten Ausnahmen vom 1. Juli ab die Grundstücke des bisherigen Helgoländer Gemeinwesens, soweit sie im Oberlande der Insel gelegen sind, dem preussischen Staat, soweit sie im Unterlande liegen, nebst der Düne und der Austerbank der Gemeinde Helgoland zum Eigenthum überwiesen werden.

Kalnoky's Rede ist den militärfrommen deutschen Blättern, „Kreuz-Zeitung“, „National-Zeitung“ u. s. w., sehr peinlich gewesen. Sie haben darüber gescholten und werden dafür von den österreichischen Offizieren derb gezankt. In dem von Koloman Tisza und Max Falk unterzeichneten Berichte des Ausschusses der ungarischen Delegation für auswärtige Angelegenheiten heißt es wörtlich über den Dreibund:

Der Herr Minister des Auswärtigen hat mit der größten Bestimmtheit erklärt, daß die zwischen unserer Monarchie, Deutschland und Italien bestehenden Beziehungen heute noch ebenso intim und fest seien, wie sie es jemals gewesen, und er sprach gleichzeitig die begründete Hoffnung aus, daß dies auch fernerhin so bleiben werde. Und wenn dessen ungeachtet der Kaiser in der Eröffnungsrede dieses Dreibundes nicht besonders gedacht, so liegt der alleinige Grund dieses Stillschweigens darin, daß der Bestand und die Fortdauer dieses Bündnisses außer allem Zweifel stehen. Der Herr Minister des Auswärtigen hat gleichzeitig hinzugefügt, daß — wie dies auch der Kaiser erklärte — die Beziehungen unserer Monarchie zu allen Mächten, ohne Ausnahme, sehr freundschaftliche seien, und eben dies ist es, was die Ansicht als vollkommen berechtigt erscheinen läßt, daß auch ohne äußerlich wahrnehmbare Veränderung die allgemeine Lage eine Wendung zum Besseren genommen hat, und daß jene allgemeine Auffassung, wonach das Gefühl der Sicherheit und die Hoffnung auf die Erhaltung des Friedens sich überall gekräftigt hat, den thatsächlichen Zuständen

vollkommen entspricht. Diese Auffassung fußt insbesondere auf der Erfahrung, daß einerseits die rein defensiven Zwecke des Dreibundes richtiger erkannt und unbefangener beurtheilt werden, daher auch außerhalb des Kreises der Theilhaber dieses Bündnisses die Ueberzeugung immer mehr Terrain gewinnt, daß dieses Bündniß keinerlei aggressive Ziele verfolge, sondern daß dasselbe ausschließlich und, soweit dies menschlich möglich, auf die Erhaltung des Friedens gerichtet ist. Andererseits habe auch ebenfalls die Erfahrung erwiesen, daß dieses Bündniß sich stets siegreich behauptete gegen jeden, von was immer für einer Seite kommenden und zu was immer für einem Zwecke unternommenen Versuch, welcher auf die Erschütterung seiner Festigkeit abzielt. Diese zweifache Erfahrung, welche jede Aktion gegen den Dreibund einerseits als unnützig, andererseits als völlig aussichtslos erscheinen läßt, hatte zur Folge, daß an diesem Bündniß nicht nur diejenigen unwandelbar festhalten, welche darin die Grundlage ihrer auswärtigen Politik erblicken, sondern daß sich dabei auch diejenigen allmählig beruhigen, welche darin eine Zeit lang eine Gefährdung ihrer eigenen Interessen sehen wollten.

Unseren Kriegshebern, Rosaken- und Franzosenwindlern, denen jedes Mittel recht ist, um die Wähler für die Vorlage zu fesseln, halte man diese amtliche Kundgebung, die Friedenslust atmet, entgegen. Sie genügt.

Oesterreich. Aus Böhmen wird uns geschrieben: Die sozialdemokratische Landesvertretung von Westböhmen hat nicht weniger als 17 Volksversammlungen mit der Tagesordnung: Das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht, anberaunt. Die Stimmung in den Kreisen der Parteigenossen ist ausgezeichnet, selbst Anhänger der bürgerlichen Parteien geben zu, daß das österreichische Wahlrecht verrottet und veraltet ist. Wenn die Wahlen in Deutschland für die Sozialdemokratie gut ausfallen, was ja nach der Sachlage zu urtheilen selbstverständlich ist, so fällt dieser Erfolg für uns schwer ins Gewicht.

Humänisches. Der „Adeverul“ beschuldigt den Kronprinzen der moralischen Urheberschaft der gegen seinen Herausgeber verübten Mißhandlung, über die wir gestern berichtet haben, während die übrige Oppositions-Prese, wie die „Frankfurter Zeitung“ meldet, dieselbe Anschuldigung gegen die Regierung erhebt.

Wir sind in der Lage, etwas Näheres über die Angelegenheit des „Adeverul“ zu bringen. Man schreibt uns aus Bukarest unterm 6. Mai:

Am 19. Mai brachte der „Adeverul“, ein antidynastisches Blatt, die Nachricht, daß der Kronprinz Ferdinand, Major und Kommandant des 2. Jägerbataillons, beim Exerzieren einen Rekruten wegen eines kleinen Fehlers eigenhändig geohrfeigt habe. Am nächsten Tage kam der zweite Kommandant, Major Cocea nebst zwei Offizieren in die Redaktion des „Adeverul“ und verlangten eine Berichtigung der prinziplichen Vorlage, daß sie Augenzeugen beim Exerzieren waren. Am 21. Mai, Mittags, brachte der „Adeverul“ folgende Berichtigung:

Die obigen 3 Offiziere, Cocea, Dimitriu und Boboc, versichern uns auf ihr Ehrenwort, daß der erste Kommandant, Kronprinz Ferdinand, keinen einzigen Soldaten oder Rekruten geohrfeigt habe.

Am Abend desselben Tages kamen die drei erwähnten Offiziere nebst anderen neun, also beinahe das ganze Offizierskorps des 2. Jägerbataillons, in die Redaktion des „Adeverul“, und Major Cocea schrie im befehlenden Tone den ersten Redakteur Feldmanu an, daß die Berichtigung nicht berichtigend sei, da Major Cocea bestritt, daß die Offiziere auf Ehrenwort versichert hätten, daß Kronprinz Ferdinand den Soldaten nicht geohrfeigt habe. Major Cocea verlangte eine andere Berichtigung und zeigte Herrn Feldmanu deren Manuskript. Während Feldmanu sich an den Tisch setzt, um das Manuskript Cocea's durchzulesen, schleicht sich Cocea von hinten an und giebt Feldmanu ein paar Ohrfeigen. Das war das Signal für die anderen Offiziere, die sich auf die drei anderen anwesenden Redakteure stürzen und sie arg zurichten. Namentlich der zweite Redakteur, Roman, erhält u. a. auch eine Kopfnote. Dann verlassen diese zwölf heldenhaften Offiziere mit gequälten Säbeln das Lokal, besteigen eilends die bereitstehenden Wagen und fliegen davon.

Schweiz. Der Nationalrath hat am 7. Juni den Antrag zu Gunsten der finanziellen Unterstützung der Volksschule durch den Bund angenommen. Wir Deutschen können uns diesen Luxus nicht erlauben dank dem Moloch.

Die Wahlrechts-Bewegung in Schweden macht rasche Fortschritte. Aus Karlstad wird uns geschrieben: Am 4. Juni fand hier unter freiem Himmel eine von 1500 Personen besuchte Demonstrations-Versammlung zu Gunsten des allgemeinen Wahlrechts statt. Reichstags-Abgeordneter Berg aus Stockholm referirte.

Der Schandvertrag, den die nordamerikanische Republik mit „Väterchen“ geschlossen hat, tritt am 24. Juni d. J. in Kraft. Durch diesen Vertrag sind Rußlands politische Flüchtlinge und Freiheitskämpfer von den sonst ein Asyl bietenden Rüssen der Republik ausgeschlossen, wollen sie nicht Gefahr laufen, den Schergen des Zarismus ausgeliefert zu werden.

Der Redaktion des „Wähler“, Leipzig, ist folgende Erklärung zugegangen:

Das „Leipziger Tageblatt“ vom 5. d. Mts. (Morgen-Ausgabe 8. Beilage) bringt eine Korrespondenz aus Bietersdorf bei Krimmitschau, in der die Rede ist von einem „Liebknecht'schen Ausspruch gegen einen Franzosen“: „Ich (Liebknecht) bin gewiß, daß Deutschland im künftigen Krieg besiegt werden wird.“

Natürlich ist dieser „Liebknecht'sche Ausspruch“ von irgend einem nationalliberalen oder sonstigen „Patrioten“ und Bügenpeter erfunden. Was ich gesagt habe, und wiederholt gesagt habe — vor Franzosen und vor Tausenden von Deutschen, und was ich hiermit wiederhole, das ist: „In einem künftigen Krieg zwischen Frankreich und Deutschland, falls ein solcher noch möglich, wird der Angreifer besiegt werden.“

Und von Rechtswegen, sage ich heute hinzu: Dem Angreifer und Friedensstörer die Hiebe, dem Angegriffenen der Sieg — so soll es sein.

Gotha (in der Wahlagitator) den 7. Juni 1893. W. Liebknecht

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Freitag, den 9. Juni.
Opernhaus. Die Tochter des Regiments. Slavische Brautwerbung.
Neues Theater. Hans Lange.
Berliner Theater. Ein Tropfen Bitter.
Friedrich-Wilhelmstadt Theater. Angot, die Tochter der Halle.
Brüll's Theater. Fröhchen und Diebschen. Der Schmutz. Gute Nacht, Herr Pantalon.
Viktoria-Theater. Frau Venus.
National-Theater. Die neue Militärvorlage.
Alexanderplatz-Theater. Die Directrice. Vorher: Gringott.
Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.
Sausmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Gebrüder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

National-Theater.
Or. Frankfurterstr. 132.
Novität! Zum 7. Male: **Novität!**
Die neue Militärvorlage.
Große Fosse mit Gesang und Tanz in 4 Akten von Adolph Steinede.
Regie: Max Samit.
Raffendöffnung 5 1/2 Uhr. — Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr.
Im Garten:
Gr. Konzert u. Spezialitäten-Vorstellung ersten Ranges.
Größtes Spezialitäten-Programm der Residenz.
Auftreten von Chansonetten, Sängern, Clowns, Tänzerinnen, Komikern, Soubretten u. c.
Morgen, Sonnabend: Wiederholung der Festvorstellung zum Ehrengedächtnis für Ludwig Erk u. Ferdinand Schmid, veranstaltet vom Deutschen Lehrer- und Schriftstellerbund. Szenischer Prolog von Paul Risch. Hierauf: Gold und Eisen. Volkschauspiel mit Gesang in 5 Aufzügen von Hermann Zahn.

Passage-Panopticum.
Neu:
Blaue Grotte.
Neu:
Geistertisch.
Das Wunderpferd.
Täglich 6-10:
Spezialitäten-Theater ohne Extra-Entree.

Castan's Panopticum.
Neu:
Der Tod als Erlöser.
Neu:
Die Schrecken des Meeres.
Bauern-Aufstand!
Illusionist. Vorstellungen.
Irrgarten. — Schrockenakammer.

Kaufmann's Variété
Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.
Im präch. Sommergarten täglich
Gr. Garten-Concert
und
Spezialitäten-Vorstellung.
Bei ungünstigem Wetter findet die Vorstellung im Saale statt.
Anfang: Sonntags 6 Uhr.
Wochentags 8 Uhr. Entree 30 Pf.

Schweizer-Garten
am Königsthor.
Täglich:
Concert, Theater
und
Spezialitäten-Vorstellung.
Geschwister Rigoll, Familie Carlo, Mr. Famera, Max Grabow, Gebr. Dissenato, Emma Lucas, Troupe Columbia und Gebr. Vercroa.
Im Saale: **BALL.** (4199L)

Ich nehme hiermit die Befehdigung, welche ich dem Maurer Fritz Rabe aus Kolberg zugesagt habe, zurück und erkläre denselben für einen ehrbaren und rechtschaffenen Kollegen. 316b
J. Albe.

Königl. italienischer Circus Ernesto Ciniselli.
Stadtbahnstation Zoologischer Garten.
Heute, Freitag, den 9. Juni 1893, Anfang 8 Uhr:
Erste große Clowu- u. Komiker-Vorstellung, oder
Man soll und muß lachen.
In dieser Vorstellung werden sämtl. Original-Clowns (die besten der Gegenwart), welche nur der Circus E. Ciniselli besitzt, mit den komischsten Nummern ihrer Repertoires auftreten. In den Zwischennummern Auftreten der vorzüglichsten Kunstreiter u. Reiterinnen, betrenommierter Künstler und Künstlerinnen, Spezialitäten 1. Ranges, sowie Vorführer u. Reiten der bestdressirten Schul- u. Freizeitspferde. U. a. zum 1. Male: Die weltberühmten Original-Clowns Gebrüder Bidde und Egon Weidemann auf der Reise nach Chicago. Größter Lachersolg.
Morgen, Sonnabend: Gr. Brillant-Vorstellung.
Ernesto Ciniselli, Direktor.

Gratweil'sche Bierhallen.
Kommandantenstr. 77-79.
Täglich:
Auftreten der Leipziger Sängervom Arnstadt-Palast.
Wochent. 7 1/2 Uhr. Entree 10 Pf.
Sonntags 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Auerkauf gute Kühle.
Säle für Festlichkeiten und Versammlungen.
Carl Koch.

Norddeutsche Brauerei.
58. Chaussee - Strasse 58.
Täglich:
Concert.
Wochentags Entree frei.
Bei ungünstiger Witterung im Saal.
Die neu eingerichtete Kaffee-Küche ist den geehrten Gästen von 2 bis 6 Uhr geöffnet! 4146L.

Ostbahn-Park
am Rüttriner Platz,
(Hermann Imbs)
Rüdersdorferstr. 71, am Ostbahnhof.
Täglich: Konzert,
Theater u.
Spezialitäten-Vorstellung.
Pantomimisten-Truppe Garetton, u. Kom. Tozamer, Dreifachsenfahrt, Mr. De Doffs, Neger-Excentric u. Volksbelustig. jeder Art. 4 Kegelbahnen zur Verfügung.

Moabiter Gesellschaftshaus.
Alt-Moabit 80 und 81.
Täglich:
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung, sowie Concert.
Anfang 4 Uhr.
Entree 30 Pf., reservierter Platz 50 Pf.
4127L.
Helmuth Peters.

Zu Wahl-Versammlungen, Privat- und Vereins-Festlichkeiten
4343L sind die Säle und Zimmer der
Armin-Hallen,
Kommandantenstr. 20,
noch an einigen Tagen in der Woche zu vergeben.

Jamaica-Rum, [181M]
acht Verschnitt u. Fac., Literfl. 1,10, 1,60, 2,10, bei 5 Fl. 10 Pf. billiger.
Tokayer, med. süßer Ungarwein, Literfl. M. 2,10.
Himbeer-, Kirsch-, Johannisbeersaft, Liter M. 1,20.
Echt Stonsdorfer Bitter-Eisler, Liter 1,20, 5 Pr. 5,50, 10 Pr. 10.
Cognac fine Champagne, 3/4 Literfl. 3,50, 4,50, 5,50, 7,50, 12.
Eugen Neumann & Co.,
6a. Belle-Alliance-Platz 6a. 81. Neue Friedrichstr. 81. 8. Oranienstr. 8.

Oranien-Bad
Oranienstrasse 44.
Abonnements I. Kl. 60 Pf., II. Kl. 5 Bäder 1 M.
Dampfkasten-Bäder.
Einpachung und Massage.
Freitungswasser. 4310L

Spezialgeschäft für Damen-Kleiderstoffe
Albert Hammer, Oranienstrasse 175,
Ecke Adalbertstrasse.
Seidenstoffe, Wollstoffe und Waschatoffe.
Empfehle insbesondere 4342L
Mousseline, Zephrs, Batiste, Organdys in besten Qualitäten.
Eingang von Neuheiten. Feste Preise.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler
und anderer gewerblicher Arbeiter
(E. S. zu Hamburg).
(Derfliche Verwaltung: Berlin G.)
Montag, den 12. Juni, Abends 8 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
im „Salon zum Freischütz“,
Fruchtstraße 36a.
Tages-Ordnung:
1. Wahl der gesammten Ortsverwaltung und der Beitragssammler.
2. Wahl des Vertrauensrates. 3. Verschiedenes. — Sprechstunden des Bevollmächtigten und Kassiers finden an diesem Abend nicht statt. — Mitgliedsbuch legitimirt. — Um pünktliches Erscheinen aller Mitglieder wird gebeten.
305/3 Die Ortsverwaltung.

Laut Beschluß der letzten außerordentlichen Generalversammlung des **Lokalverbandes Berlin der Berliner Zimmerleute** geben wir den Verbandsmitgliedern vorläufig folgende Zahlstellen bekannt:
Osten. Zahlstelle 1 bei W. Zippko, Markstr. 14.
Südosten. Zahlstelle 2 bei Fürstenau, Reichenbergerstraße 39. Vertrauensmann: Josef Schmidt.
Südwesten. Zahlstelle 3 bei H. Elsner, Kaffier, Bellealliancestr. 21a.
Westen. Zahlstelle 4 bei J. Raumann, Kalmstr. 36.
Nordwesten. Zahlstelle 5 Vertrauensmann O. Stehr, Stromstr. 38.
Norden. Zahlstelle 6 Vertrauensmann A. Charlot bei Chr. Dillgenfeld, Bergstr. 60.
Nordost. Zahlstelle 7 Vertrauensmann M. Leonhardt bei R. Wille, Alte Hochstr. 32a.
Norden. Zahlstelle 8 Vertrauensmann A. Weiss bei Rühlmey, Schönhauser Allee 28.
Die Vertrauensleute sind verpflichtet, die Beiträge für den Monat Mai mit einzuliefern. 360/14
Die Beiträge resp. Aufnahme neuer Mitglieder werden in sämtlichen Zahlstellen Sonntags Vormittags von 10 bis 12 Uhr entgegengenommen.
Der Vorstand.
J. A.: Max Leonhardt, Markstr. 15.

Erklärung.
Nachdem der Metalldreher Herr Otto Schultz (Vertreter von der Filiale der Germania-Brauerei), wohnb. Reichenbergerstr. 102, meiner Aufforderung, Beweise für die über mich gemachten Neuerungen zu schaffen, welche mich als Denunzianten hinstellen, nicht nachgekommen ist, erkläre ich dieselben als Verleumdung. 314b Max Hahn.

Etablissement Moritz-Platz.
Buggenhagen. Moritz-Platz.
Täglich: Instrumental-Konzert.
Großer Frühstücks- u. Mittagstisch. Spezial-Ausgang von Vahnenhofer Lagerbier, hell und dunkel.
An Sonn- und Festtagen findet das Konzert in den oberen Sälen statt.
Entree Wochent. 10 Pf. Sonnt. 25 Pf.
Säle für Versammlungen, Kommerje, Festlichkeiten u.

Neue freie Volksbühne.
„Der Weinsoldner“ von Ansgar Gruber.
Sonntag, 11. Juni, I. Abth.
Sonntag, 18. Juni, II. Abth.
Waldfest im Müggelschlösschen.
Sonntag, 25. Juni. (Siehe große Annonce in der Sonntagsnummer.)

Achtung! 2. Wahlkreis. Achtung!
Heute, Freitag, den 9. Juni, Abends 8 Uhr,
im großen Saale der
Tivoli-Brauerei, am Kreuzberg,
Öffentliche Wähler-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Die bevorstehenden Reichstagswahlen. Referent: Stadtverordneter Ewald Voßherr. 2. Diskussion.
Zur Deckung der Unkosten findet Zellerksammlng statt.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht Das Wahlkomitee. 345/10

3. Wahlkreis.
Zwei große öffentliche
Wähler-Versammlungen
1. Sonntag, den 11. Juni 1893, Vormittags 10 Uhr,
in den Bürgersälen, Dresdenerstr. 96,
2. Montag, den 12. Juni 1893, Abends 8 Uhr,
in Sanssouci, Kottbuserstr. 4a.
Tagesordnung: 1. Die bevorstehenden Reichstagswahlen. 2. Diskussion.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Einberufer.

5. Wahlkreis.
Grosse Wähler-Versammlung
Freitag, den 9. Juni, Abends 8 Uhr,
in den Germania-Festsälen, Chausseestr. 103.
Tagesordnung: 1. Die bevorstehenden Reichstagswahlen. Referent: Reichstagskandidat J. Auer. 2. Diskussion. 351/8
Alle Wähler sind hierzu eingeladen. Das Wahlkomitee.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Achtung!
Die Genossen und Genossinnen werden ersucht, soweit ihre Kräfte nicht im 6. Kreise gebraucht werden, sich den Genossen im Nieder-Barnimer Kreise zur Vertheilung der Flugblätter und Stimmzettel zur Verfügung zu stellen. Gebrauch werden ca. 200 Personen. Wir bitten diejenigen, welche gewillt sind, dieser Aufforderung nachzukommen, sich Abends 8 1/2 Uhr beim Genossen Wille, Neue Hochstraße 32, einzufinden zu wollen.
240, 12 Der Vorstand. J. A.: Kiesel.

Schmargendorf.
Sonabend, den 10. Juni, Abends 7 1/2 Uhr, im Schützenhause,
Gundelkhelestraße 20:
Öffentliche Volks-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Die bevorstehende Reichstagswahl. Referent: Frh. Jubel-Berlin. 2. Diskussion. 419/4
Das Wahlkomitee.

Charlottenburg.
Sonntag, den 11. Juni, Vormittags 10 1/2 Uhr, in Bismarckshöhe,
Bismarckstraße 80:
Große öffentl. Wählerversammlung für Männer und Frauen.
Tagesordnung: 1. Die bevorstehende Reichstagswahl und ihre Bedeutung. Ref.: Genosse W. Wadh. Berlin. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht Das Lokal-Wahlkomitee. 419/2

Große öffentl. Wähler-Versammlung
Freitag, den 9. Juni, Abends 8 Uhr,
im großen Saale der Brauerei „Vornussia“
zu Nieder-Schönweide.
Tagesordnung: 1. Die bevorstehenden Reichstagswahlen. Referent: Paul Singer. 2. Diskussion. 419/3
Alle Parteien sind eingeladen. Die Vertrauensperson.

Achtung, Maurer!
Sonntag, den 11. Juni, Vorm. 10 Uhr:
2 öffentl. Maurer-Versammlungen
1. in den Konkordia-Sälen, Andreasstraße 64,
2. in Hensel's Salon, Invalidenstraße 1a.
Tagesordnung:
Berichterstattung über den Stand der Lohnbewegung und weitere Stellungnahme zu derselben. 243/5
Das Erscheinen sämtlicher Berliner Maurer ist nothwendig.
J. A.: Hermann Legeler, Kreuzbergstr. 77.

Freie Vereinigung der Bauarbeiter Berlins.
Den Kollegen hiermit zur Nachricht, daß die statutenmäßige Versammlung am 11. d. M. zu gunsten der Agitation für die Reichstagswahlen ausfällt. Dafür findet am 25. d. M. bei Scheffer eine Generalversammlung statt. Im Auftrag des Vorstandes:
818b W. Gassmann, Grünhaldenstraße 67, Hof part.

Verband der Sattler und Tapezire.
Versammlung
am Sonnabend, den 10. Juni, Abends 8 1/2 Uhr,
bei Wienecke, Alte Jakobstr. 63.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Der Vorstand.
Ein gut gehendes Mehl- u. Vorkost-Geschäft mit Destillations-Niederlage zu verk. b. H. Jäger, Wallstr. 3/4. 316b

Tischler-Verein.
Sonntag, den 11. Juni:
Herrenpartie nach Grünerhaide.
Treffpunkt: Schlesischer Bahnhof, früh 7 Uhr. 331/13
Der Vorstand.
Billig. Händler Billig. können viel Geld verdienen, wenn sie sich die neuesten 1-, 5- und 10-Pfennig-Artikel in Schokolade und Zucker zulegen. Pfeffermünzschachteln sehr billig, seine Vanille pro Pfund 3,00. Deutsche Schokoladenfabrik, Invalidenstr. 198.

Die Bedeutung der Reichstagswahlen für die unteren Postbeamten.

Aus postalischen Kreisen wird uns geschrieben:

Seit Jahresfrist weht durch die Schaaren der unteren Postbeamten ein frischer Wind. Die Postassistenten erkennen das Ungewisse ihrer Lage, ihre Abhängigkeit, ihre übermäßige Arbeitsleistung, ihre mangelhafte Befoldung; sie sehen ihre Ausschließung von den besseren Stellen, ihre systematische Niederhaltung, die ihnen zu Theil werdende Behandlung als nur „Nur“-Arbeiter. Aber während sie so in jeder Beziehung am eigenen Leibe verspüren, was es heißt, mit geringem Einkommen auf unterster Stufe unter Zurückhaltung jedes freien Wortes weiterzuleben, wird bei ihnen das demokratische Gefühl, das Gefühl der Interessengemeinschaft mit dem arbeitenden Volke geweckt und zur vollständigen Reife gebracht. Sie rufen sich ins Gedächtnis zurück, daß sie selbst den arbeitenden Klassen entstammen, sie ordnen ihre Wünsche dem Wohle der gesammten Arbeiterklasse dienenden Bestrebungen unter und unter Begrabung des Klassenhasses und Verhätigung einer allumfassenden Liebe zu den Unterdrückten und Ausgebeuteten kommen auch sie zu der Ueberzeugung, daß die Eier nach Erwerb und die Furcht vor Mangel die heutigen Verhältnisse geschaffen hat, daß erst andere bessere Zeiten kommen können, wenn nach Aufhebung des Privateigentums der Produktionsmittel der rücksichtslose Kampf um das Mein und Dein aufhört wird.

Bei den gesammten Post-Unterbeamten (Briefträger, Postkassierer, Landbriefträger, Stadtpostboten, Posthilfsboten) bedarf es solcher Einwirkungen nicht. Sie alle sind dem Proletariat entnommen, sie leben und leiden mit diesem, sie haben die gleichen Interessen wie dieses; eine Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen, eine Erhaltung der proletarischen Bewegung muß rückwirkend ihnen zu gute kommen, da sie Fleisch vom Fleisch des Proletariats sind. So liegt bei diesen Beamten ein Zusammenmarschieren mit der Sozialdemokratie in der Natur der Sache.

Seide Beamtenkategorien sind durch die Reichstags-Auflösung und die am 15. Juni vorzunehmenden Neuwahlen an ihr wichtigstes Staatsbürgerrecht erinnert worden. Auch bei ihnen heißt es, Stellung zu nehmen in diesem Streit: Für oder gegen die Militärvorlage.

Für die Vorlage stimmen, heißt Verzicht leisten auf alles, was Fortschritt bedeutet, heißt den Steuerdruck erhöhen, heißt dem Moloch Militarismus alles das in den Rücken werfen, was zur Wohlfahrt aller, auch zu einer Verbesserung unserer Lage dienen kann und soll, heißt auf Jahre hinaus jede Verbesserung unterdrücken. An denjenigen ungeheuren Lasten, die meist auf indirektem Wege aufgebracht werden und, weil die notwendigsten Lebensmittel belastend, den kleinen Mann am schwersten drücken, ist es noch nicht genug, — ein Ende dieser Steigerung nicht abzusehen. Wir würden uns und unseren Bestrebungen selbst das Grab graben, wollten wir ein Ja sagen. Nein und tausendmal Nein, so muß es auch aus unseren Reihen klingen.

Während alle anderen politischen Parteien zu Jugeständnissen in der Militärvorlage bereit sind, verhält sich vollkommen ablehnend nur allein die Sozialdemokratie. Wird von ihr die Wahrung auch unserer Interessen sichergestellt? Ein Blick auf die Vorgänge des letzten Jahres giebt die richtige Antwort. In dem Kampfe der Postassistenten um das Koalitionsrecht für Freiheit, Gleichheit und Recht eingetreten, hat die sozialdemokratische Presse zugleich stets den Grundgedanken vertreten, daß dem Individuum künstliche Schranken in seiner Weiterentwicklung nicht gezogen werden sollen und daß die Postassistenten bei vorhandener Vergütung auf höhere Stellen Anspruch machen können. Ebenso aber auch die Unterbeamten. Aber bei dieser Klasse liegen die Verhältnisse viel mehr noch im Argen. Abhängigkeit bis ans Lebensende, — alles zu Gewährende ist vom Wohlwollen der Behörde abhängig — übermäßige Arbeitsleistung, unzureichende Befoldung, gänzlich unzulängliche Normierung des Wohnungsgeldzuschusses, Vorenthalten eines Erholungsurlaubs etc., das sind in der Hauptsache die Punkte, die die sozialdemokratische Presse und besonders der „Vorwärts“ immer und immer wieder in die Öffentlichkeit brachte. Fühlte die Postverwaltung sich nun genöthigt, auf alle diese Anlässe zu reagieren? O ja, nur fiel die Antwort anders aus, als wir uns in unserem „beschränkten Unterthanenverstand“ träumen ließen.

Die Postverwaltung erklärte im verflochtenen Reichstage auf die Interpellation des Abg. Nebel, daß der Wohnungsgeld-Zuschuß vollkommen ausreiche, da er ja nur ein „Zuschuß“ sei; sie verherrlichte das System der Post-Vertrauensärzte, sie erklärte, von den Aussehen erregenden Urlaubsverweigerungen, die Nebel aus Leipzig berichtete, nichts zu wissen; sie antwortete mit keinem Worte dem sozialistischen Abg. Schmidt, der die Erhöhung der Gehälter der Land-Briefträger und Post-Hilfsboten forderte.

Unterbeamte! Jetzt gilt es wieder, auf fünf Jahre einen Reichstag zu wählen. Viel, sehr viel aber gilt es für Euch in den nächsten Jahren zu reformieren. Das Altersstufen-System harret seiner Erledigung. Mit diesem System zugleich muß eure etatsmäßige Anstellung nach feststehenden, für alle Bezirke gültigen Grundsätzen geregelt und eure unfähbare Anstellung, die jetzt erst nach 20-jähriger Dienstzeit eintritt, die aber von der Behörde bis zu 30 Jahren hinausgeschoben oder auch ganz verweigert werden kann — ganz wie es ihr beliebt —, mit einem früheren Zeitpunkt gesichert werden. Eure tägliche Dienststundenzahl ist zu verringern, euer Anfangs- und Maximalgehalt zu erhöhen. Für den Sonntagsdienst ist Euch wie den Beamten in jedem Jahre ein Urlaub zu gewähren. Der Euch gewährte Wohnungsgeld-Zuschuß, der schon lange nicht mehr dem Stande der Miethspreise entspricht, für dessen Erhöhung aber Mittel nicht vorhanden sind, unterliegt im Jahre 1897 der Neu- festsetzung.

Unterbeamte! Wie sich die Herrschenden die Verbesserung eurer Lage vorstellen, das zeigte der Ministerialdirektor im Reichspostamt, Fischer, im Reichstage, als er Euch und eure Familien auf den Weg des Lebenerwerbs verwies. Jetzt habt Ihr zu zeigen, daß Ihr solche Art Verbesserung verwerft, daß Ihr erkannt habt, wie innig eure Verhältnisse mit denen der Arbeiterklasse zusammenhängen, daß eine Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse durch Verkürzung der Arbeitszeit, Erhöhung der Löhne auch Euch zu gute kommen muß, daß die Sozialdemokratie als die Vertreterin der arbeitenden Klassen auch eure wahre Vertreterin ist.

Unterbeamte! Die Härten des Kapitalismus, ob er jüdisch oder christlich ist, habt Ihr in eurer dem Postdienst voraus-

gegangenen Beschäftigung in der Industrie, dem Handwerk u. s. w. gefühlt; Ihr fühlt jetzt aber auch die Härten des staatlichen Kapitalismus täglich; Ihr habt erkannt, daß keines aller Uebel aus der Welt geschaffen wird durch Verhätigung eines Klassenhasses, der Euch nur zum Vorspann reaktionärer Bestrebungen macht, — Bestrebungen, die nicht Euch zum Wohle gereichen, sondern anderen, denen Ihr die Kastanien aus dem Feuer holen sollt.

Darum Postassistenten, wenn Euch noch das Herz schlägt für die Ideale der Menschheit, für Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, darum Unterbeamte, wählt Männer in den Reichstag, die dort eure berechtigten Forderungen mit Nachdruck vertreten, wählt Männer, die dem Andrängen des Militarismus das entschlossene Nein! entgegensetzen, wählt einen Sozialdemokraten!

Die Reichstagswahlen.

Gotha, 7. Juni. Gestern sprach Liebknecht hier im Schützenhaus über die bevorstehenden Wahlen. Da der geräumige Saal die anströmenden Tausende nicht faßte, so wurde die Rednerbühne im Garten errichtet. Sogar von den benachbarten Dörfern lauschten Zuhörer. Die begeisterte Versammlung erklärte sich einstimmig mit den Ausführungen des Vortragenden einverstanden und gelobte, mit aller Kraft für die Wahl Bod's einzutreten.

Die Sozialdemokratie in Mülhausen i. G. faßte in einer Versammlung, in der Bueb referirt hatte, einstimmig einen Beschluß, worin die Forderung erhoben ist, daß den wahlberechtigten Arbeitern am 15. Juni der halbe Tag freigegeben wird.

In Wiesbaden hielt am Sonntag Nachmittag der sozialdemokratische Reichstags-Kandidat Fleischmann aus Frankfurt unter großem Beifall eine Rede über die Militärvorlage. Die Versammlung erklärte sich mit seinen Ausführungen vollkommen einverstanden. Die Aussichten für unsere Partei sind sehr günstig.

Nationalliberale Antisemiten. Die „Kreuz-Zig.“ bezweifelt die Abneigung des Nationalliberalismus gegen den Antisemitismus. In Glauchau-Meerane ist als deutsch-sozialer Kandidat Fabrikant Schubert aus Chemnitz aufgestellt. Derselbe Herr kandidirt aber auch als „Nationalliberaler“ gegen den freikonservativen Merbach in Freiberg, und da die Konservativen den „Deutsch-Sozialen“ in Döbeln die Unterstützung gegen den Nationalliberalen Niethammer versagen, so thun die Nationalliberalen dem Herrn Schubert in Freiberg gegenüber das Gleiche.

Ueber die Vorgeschichte der Militärvorlage bringt ein in den Ausgabebogen vorliegendes Werk des Oberlieutenant Knorr „Die Heeresentwicklung in Deutschland seit dem Tilfiter Frieden bis zur Gegenwart“, einige Angaben, die hier und da neue Streiflichter auf die Entstehung der Vorlage werfen. Dem Verfasser zufolge hat General v. Verdy bereits am 31. August 1889 an den Reichskanzler Fürsten Bismarck geschrieben, der Ausbau unserer Organisation könne keinen Aufschub mehr erleiden. Bismarck erklärte jedoch die Verwirklichung dieses Planes wegen bevorstehender Wahlen zum Reichstage für den Augenblick als „nicht opportun“. Im März 1890 wurde sodann auf den Verdy'schen Plan zurückgegriffen. Dieser Plan, welcher beim Rücktritt Bismarck's noch vorlag, zu seiner Ausführung 117 Millionen erforderte und auf lange Zeit hinaus nur mit dreijähriger Dienstzeit möglich gewesen wäre, blieb jedoch Projekt. Es kam nun die Forderung von 18 500 Mann zum Zwecke organisatorischer Erweiterungen. Bei den Debatten hierüber enthielt v. Verdy bekanntlich seine vom gesammten Reichstage energisch bekämpften Pläne wegen „der vollen Verwirklichung der Scharnhorst'schen Gedanken“. Von dem Verdy'schen Projekt, welches Fürst Bismarck seiner Zeit gutgeheißen hatte, wurde daraufhin Abstand genommen, jedoch fortwährend nach etwas anderem gesucht. Auf Grund einer kaiserlichen Verfügung vom 16. Mai 1891, welche die fallen gelassenen Arbeiten wieder aufzunehmen und Vorschläge über die zweijährige Dienstzeit zu machen befohl, wurden mit der letzteren die bekannten praktischen Versuche gemacht. Nachdem diese günstige Ergebnisse geliefert, wurde die Vorlage ausgearbeitet.

Das Kreisblatt für die Westpreignig erklärt unseren Bericht über die verordnete Versammlung in Perleberg, wobei der sozialdemokratische Kandidat des Kreises, Gustav Koopmann, von den „Ordnungs“-parteilern im höchsten Maße unschicklich behandelt wurde, für ausgetauscht. Dem gegenüber haben wir einfach zu erklären, daß nach wiederholt eingezogener Erkundigung die Vorgänge sich eher noch in schlimmerem Maßstabe abspielten, als sie in unserem Bericht geschildert sind.

Die Freisinnigen im Wahlkreise Liegnitz-Haynau-Goldberg haben nun endlich einen Kandidaten gefunden. Es ist der Rechtsanwalt Gustav Kaufmann aus Berlin. In Berlin soll er sich als schneidiger Demokrat gebärden, in Haynau, wo er aculich sprach, trat er jedoch eher als zahmer Wadelsträmpfler auf. Wohl der dortigen Stadtrathspartei zu liebe. Im übrigen ist er ein freisinniger Richter'scher Obermann.

Die vorgeleitete Behörde des Bürgermeisters Tallski in Nisch in Posen erlauben wir, diesen Herrn anzuweisen, daß er während der Wahlzeit weder sozialdemokratische Flugblätter beschlagnahme, noch auch unseren Genossen die Verbreitung von solchen verbieten oder sie sonstwie daran hindern darf. Aus Nolsmar wird uns gemeldet, daß dergleichen vorgekommen sei.

Nationalliberal-antisemitischer Schacher. Wie der „Reichsbote“ meldet, zog in Hagen der Antisemit König-Bitten seine Kandidatur zu Gunsten der Nationalliberalen zurück. „Gegenleistung ist die Unterstützung Siders in Siegen.“ — Ein edles Brüderpaar!

Aus den armen Kellnern sollen die Kosten für die Militärvorlage herausgeschunden werden! Aus Trier berichtet die „Germania“: „Am Sonntag fand hier eine Wählerversammlung der Militärpartei statt, in welcher deren Kandidat Herr Dr. Dronke sprach. Verlegenheit bei den Anhängern, Heiterkeit bei den Gegnern der Militärvorlage rief eine Rede des Baurath's Müller, Vorsteher der königlichen Eisenbahn-Bau-Inspektion Trier III. hervor, welche wir nach der „Landeszeitung“ wiedergeben wollen. Nebner meint, wir seien wohl „so ziemlich unter uns“ und es seien keine Gegner der Partei anwesend. Alle seien wohl mit den Ausführungen einverstanden. Er wolle nur kurz folgendes ausführen. Die Einwände der Gegner sind: Können wir die Kosten aufbringen? Das ist eine Kleinigkeit. Wir Deutsche pflegen, wenn wir Abends unser Glas Bier getrunken haben, dem Kellner

5 Pfg. zu geben, wenn er weiblich ist und dazu schön (Aha!) kommt es uns auf 10 Pfg. nicht an. Mehr als dieses kostet die Mehrforderung nicht. 2. Glauben die Gegner nicht, daß die Vorlage nothwendig sei. Nun beginnt Nebner zu erzählen, wie er auf der Reife „Jogar“ mit einem höheren Beamten gereist sei, er glaube aber kaum, daß es ein solcher gewesen, trotzdem er sich dafür ausgab, denn derselbe sei gegen die Militärvorlage. Dieser habe gesagt, daß Volk habe auch ein Urtheil, und das Volk halte die Vorlage nicht für nöthig. Dem entgegne er: der Generallstab halte sie für nöthig, und der Generallstab müsse das wissen. Im Generallstab seien keine Junker, keine Leute, die nur mit Sporen rasselten, da seien wissenschaftlich gebildete Leute — „Das wissen wir Eisenbahner“. Trier sei das erste Opfer der Franzosen. — In der nächsten Abend-Nummer der „Trierer Landes-Zeitung“ stand nun folgende lakonische Annonce: „Kollegen! Herr Baurath Müller vom Eisenbahn-Betriebsamt hat in der liberalen Wähler-Versammlung den Antrag gestellt, den Kellnern die Trinkgelde zu entziehen, um das Geld zur Deckung der Kosten der Militärvorlage zu verwenden. Kollegen! Gegen diesen Vorschlag müssen wir Front machen! Kollegen! Wäre es nicht angemessener gewesen, wenn Herr Baurath Müller den Vorschlag gemacht hätte, daß die Beamten den Theil des Kommunalzuschlages zur Einkommensteuer, von welchem sie durch das Steuerprivilegium der Beamten befreit sind, auf den Altar des Vaterlandes niederlegten? Kollegen! Hier heißt es zusammenstehen, damit nicht der Vorschlag des Herrn Baurath Müller Thatfache wird. Wodan sollten wir dann leben? Mit unserem Dasein wäre es aus. Von unseren Kolleginnen dürfen wir erwarten, daß sie zu uns stehen werden im Kampfe für unser Dasein. Ein Kellner.“

Die Regierung hat mit ihren Freunden wirklich Besch. Gestern der Hauptmann Straß mit seinem samosen Zirkular, heute der Baurath Müller, Vorsteher einer kgl. preussischen Eisenbahn-Bau-Inspektion! Dieser findliche Herr weiß noch nicht einmal, daß die Kellner in sehr vielen Fällen gar keinen Lohn bekommen, sondern — eine Schande für die Gastwirthe — lediglich auf das Trinkgeld angewiesen sind.

Gegen Quene haben die Zentrumskräfte von Reiffe demonstriert, weil er sich gegen den offiziellen Zentrumskandidaten Horn habe aufstellen lassen.

Niethammer (N) hat für Döbeln abgelehnt.

Bürgerliche Kandidaturen. Wolmirsdorf: Mundel (P.). Lublin: Rechtsanwält Pohl in Kleinow (P.). Benschheim-Erbach: Hirschel (A.). Schlochau-Platow: Graf Ranik (K.). Gumbinnen: Ober-Amtmann Renz (B. d. Landw.).

Parteinachrichten.

Aus Meiningen theilt ein Leser des „Vorwärts“ seine Verwunderung darüber mit, daß dort von Seiten der Sozialdemokratie keine Volksversammlungen abgehalten würden. Bis jetzt hätten nur die Gegner, und zwar zuletzt die Freisinnigen, solche abgehalten. Würde einmal in Meiningen ein tüchtiger Redner unserer Partei sprechen, so wäre aller Wahrscheinlichkeit nach bald eine bedeutende Zahl von Anhängern gewonnen. Leider ist der Briefschreiber aus ganz dringlichen Gründen verhindert, öffentlich für unsere Partei einzutreten. Vielleicht geben diese Zeilen Anlaß zur Bildung einer Organisation in Meiningen.

In Voralberg hat die Pfaffenchaft wieder ein Pröbchen dümmster Bosheit abgelegt. Der in Dornbirn bestehende Politische Verein für Voralberg hielt in dem benachbarten Dorf Göbis eine Volksversammlung ab, in der der Redakteur der „Volksztg.“, Genosse Crusal, über die Lage des arbeitenden Volkes, insbesondere die der Bauern und über die Forderungen der Sozialdemokratie sprach. Die Versammlung war eine der zahlreichst besuchten, die bisher in Voralberg abgehalten worden sind. 800 Personen, die Kopf an Kopf standen, füllten den Saal der Engelbrauerei; Viele sandten keinen Zutritt. Als Crusal seinen Vortrag beendet hatte, sprach der Pfarrer Rudegier aus Göbis. Er suchte die Sozialdemokratie mit den albernsten Beschuldigungen zu verächtlichen. Als Crusal in seiner Entgegnung die Anschuldigungen des Pfaffen als Lüge und Betrug am Volke brandmarkte, entzog ihm der überwachende Beamte das Wort. Nach Schluß der Versammlung wurde Crusal von einem durch die Pfaffen aufgehetzten Kerl, namens J. Z. Braler, auf der Straße angefallen, die Parteigenossen schützten den Angefallenen thätkräftig vor dem Räpel, sowie vor der Menge, die 6-700 Mann stark, geführt von dem Pfaffen Rudegier und dem Bekehrten Effensohn, hinter den etwa 40 Sozialdemokraten dahergog und durch die rohesten Schimpfereien sowie Steinwürfe sich und ihren Pfaffen bis auf die Knochen blamirte. Natürlich werden sich die Sozialdemokraten Voralbergs durch diese Vorkommnisse nicht im geringsten von der Agitation abschrecken lassen. Sie werden den Wahn der Dummheit, in dem die Pfaffenchaft die Bauern gefangen hält, zu brechen wissen. Dann wird den Pfaffen zu spät die Erkenntnis kommen, daß gerade sie gar nichts Dummeres thun konnten, als sich dem Sozialismus zu widersetzen.

Todtenliste der Partei. Am 6. Juni wurde der bei der Hofmann'schen Agitationstour nach Berda verunglückte Vertrauensmann Teubner in Falkenstein i. B. beerdigt. Mindestens 1000 Personen gaben dem verstorbenen Braven, dessen Tod eine empfindliche Lücke in die Reihen der Parteigenossen des Wahlkreises Reichenbach gerissen hat, das letzte Geleite. Für Unterstützung der Familie des im Dienst unserer Sache gefallenen Parteigenossen wird selbstverständlich von Parteiwegen gesorgt werden.

Polizeiliches, Gerichtliches etc. Das Darmstädter Landgericht verurtheilt am 7. Juni den ehemaligen Redakteur der „Hessischen Volksstimme“, Phil. Müller, zu einer Geldstrafe von 800 M. oder 60 Tagen Gefängnis wegen des im September 1890 in diesem Blatt erschienenen Artikels „Zur Sedanfeier“, worin Staatseinrichtungen verächtlich gemacht sein sollen. Wegen desselben Artikels sind seiner Zeit die Redakteure der „Mainzer Volkszeitung“ und des „Offenbacher Abendblatts“ verurtheilt worden, auf erlegte Revision hin hat das Reichsgericht das verurtheilende Erkenntnis aufgehoben, worauf das Gericht erster Instanz auf Freisprechung erkannte. Sogar die Kosten des Verfahrens sammt der Vertretigung wurden damals der Staatskasse zur Last gelegt. Müller wird gegen das Urtheil Berufung einlegen.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung. Oeffentliche Sitzung vom Donnerstag, 1. Juni, Nachmittag 5 Uhr. Die Einführung und Verpflichtung des neugewählten Stadtv. Bracke findet in der üblichen Weise statt.

Parteigenossen!

Publikum nicht den Werth der mündlichen und brieflichen Propaganda unter Euren Verwandten, Freunden und Bekannten.

In wenigen Tagen wird gewählt. Agitirt unablässig, damit unserer Partei möglichst keine Stimme verloren geht. Bergeßt neben der Verbreitung von Druckschriften und der sonstigen Agitation unterm

Bei der Bau-Abnahme der VI. Realschule, Welleallianzstraße 80, hatte sich herausgestellt, daß einige der zum Dachstuhl des Schulgebäudes verwendeten Sparren und Lagerhölzer, den Bedingungen des Pflanzungsvertrages entgegen, aus einseitigen, also minderwertigen Hölzern bestehen, während sie aus über Kreuz aufgeschüttelten stärkeren Stämmen hergestellt sein sollten. Bei der Besprechung des der Versammlung vorgelegten Bau-Abnahme-Protokolls war aus der Mitte derselben behauptet worden, daß nicht nur bei drei dieser Sparren, sondern bei einer weitläufigeren Zahl diese vertragswidrige Beschaffenheit vorliege. Der Magistrat hatte nur bezüglich der genannten drei Sparren die Berechtigung eines Monitoriums anerkannt, sich dagegen für die übrigen auf zwei von ihm extrahirte, von gerichtlichen Sachverständigen ertheilte Gutachten berufen, die aber der Versammlung nicht im vollen Wortlaute zur Kenntniß gebracht wurden. Die Versammlung setzte zur Klärung des Sachverhalts einen Ausschuss ein. Dieser hat eine Besichtigung des ganzen Dachverbandes des Schulgebäudes vorgenommen und dabei festgestellt, daß neben den 3 beanstandeten Sparren des östlichen Dachtheils nach der allgemeinen Ansicht der größere Theil der Sparren des westlichen Dachtheils anscheinend aus stärkeren einstämmigen Hölzern durch Abtrennen von Woblen und Brettern gewonnen ist. Mit Rücksicht darauf jedoch, daß das Holz als gut und tragfähig bezeichnet werden kann, empfiehlt der Ausschuss, über diesen Umstand hinweg zu sehen und von dem Bau-Abnahmeprotokoll einfach Kenntniß zu nehmen.

Nach dem Referat des Berichterstatters Wohlgenuth wird der Ausschussantrag ohne Debatte angenommen.

Die Vorschläge des Magistrats, die für die Verwaltung der städtischen Krankenanstalten bestehenden Einzeljurisdictionen aufzuheben und dafür eine einheitliche Deputation einzusetzen, sind von dem hierzu eingesetzten Stadtverordneten-Ausschuss angenommen worden. Nach eingehender Debatte ist der Ausschuss dahin schlüssig geworden, daß die neu zu bildende Verwaltungsdeputation aus vier Magistratsmitgliedern und acht Stadtverordneten bestehen solle.

Ein Antrag, den Magistratsvorschlag dahin einzuschränken, daß lediglich zur Verwaltungskontrolle über die bestehenden Krankenanstalten eine Deputation eingesetzt werden solle, ist mit allen gegen 1 Stimme abgelehnt worden. Mit 10 gegen 5 Stimmen wurde auch ein Antrag verworfen, der den Magistratsvorschlag wesentlich erweitert, nämlich der neuen Deputation außer den Krankenhäusern auch die städtischen Jansen- und Jansenanstalten, die Anstalt für Epileptische, die Siechenanstalten und die sonstigen für die öffentliche Gesundheitspflege bestimmten Anstalten und Wohlthätigkeitsanstalten unterstellen und die Deputation aus 5 Stadträthen, 10 Stadtverordneten und 3 Bürgerdeputirten bestehen lassen wollte. Die Mehrheit des Ausschusses hielt diesen Antrag für zu weitgehend; es handle sich hier zunächst nur um einen Versuch, dessen Ergebnis abgewartet werden müsse. Auch der Antrag Jadel, in die Verwaltungsdeputation für die Krankenhäuser, wie sie der Magistrat vorschlägt, drei Bürgerdeputirte abzuordnen, ist mit 10 gegen 5 Stimmen abgelehnt worden.

Stadtv. Dr. Jadel: Ich muß meinen Antrag aufrecht erhalten. Er ist im Ausschuss gefallen, trotzdem die Verhandlungen im Ausschuss durchaus für ihn gesprochen haben. Ich war sehr erstaunt, daß der Antrag fiel, denn alle Redner, die zu ihm Stellung nahmen, äußerten sich sympathisch; nur der Oberbürgermeister meinte, die Körperschaft würde zu schwerfällig werden, wenn statt 12 Mitglieder 15 darin wären. Allerdings möchte die neue Deputation nicht so leicht arbeiten, wie es bisher vielfach leider geschehen zu sein scheint; denn es wurde im Ausschuss erwähnt, daß Mitglieder von Kuratorien in zwei Jahren ein einziges Mal zu einer Besprechung eingeladen worden sind, daß die Deputirten ganz selbstherrlich schalten und auch die Affidentenstellen einfach persönlich vergeben. Wenn die Selbstverwaltung, der angebliche Stolz der Stadt, nicht zur lächerlichen Phrase werden soll, muß hier Wandel eintreten. Arbeitet der Apparat zu schwerfällig, so möge man doch nur 3 Stadträthe und 8 Stadtverordnete in die Deputation entsenden. Den Fehler des Ausschusses bezüglich der Bürgerdeputirten muß das Plenum wieder gut machen.

Oberbürgermeister Jadel: Die Angabe, es sei in Kuratorien binnen mehr als Jahresfrist nur eine Sitzung abgehalten worden, beruht nach meinen Ermittlungen auf einem Irrthum. Ich kann aber überhaupt nicht absehen, weshalb die gemischte Deputation nicht nach den Formen und Regeln der Selbstverwaltung arbeiten sollte, wenn keine Bürgerdeputirte darin seien. Die gemischten Deputationen ohne Bürgerdeputirte arbeiten ebenso der Selbstverwaltung gemäß (Zustimmung; Ruf: Viel besser!), als die mit Bürgerdeputirten. Das ist also kein Grund, den Antrag Jadel anzunehmen. Der Vorschlag des Herrn Jadel, die Zahl der Stadträthe und Stadtverordneten zu verringern, ist auch im Ausschuss und früher schon im Magistrat erwogen worden. Wir haben aber geglaubt, daß in dieser Deputation gerne die Stadträthe und Stadtverordneten sitzen würden, die bisher den Krankenhäusern Kuratorien angehört; für diese sind aber dann neun Plätze zu wenig. Aus diesem Grunde, nicht etwa aus Abneigung gegen Bürgerdeputirte überhaupt habe ich und hat der Ausschuss geglaubt, dem Antrage widersprechen zu müssen. (Beifall.)

Der Antrag Jadel wird abgelehnt, der Ausschussantrag angenommen.

Die Auswahl der acht Stadtverordneten wird dem Vorstande überlassen.

Der Minister für Handel und Gewerbe hatte im vergangenen Jahre angeordnet, daß eine Kommission berufen werde, um die neuerdings eingeführten Rauchverbrennungs-Apparate zu prüfen, namentlich dahin sich zu entscheiden, ob polizeiliche Verordnungen zur Verhütung des Rauches gewerblicher Anlagen in größeren Städten erlassen werden können. Mit der Führung dieser Angelegenheit hatte der Minister den Präsidenten des Central-Verbandes der preussischen Dampfessel-Überwachungsvereine, Kommerzienrath Delbrück-Stettin, beauftragt und denselben anheim gegeben, auch das Reichsmarineamt und den Magistrat von Berlin zu ersuchen, sich durch einige Kommissare vertreten zu lassen. Aus ein bezügliches Ersuchen sind als Vertreter des Magistrats Stadtv. Bau- und Wasserbau, der Direktor der städtischen Wasserwerke, Göl, und der städtische Ingenieur für Feuers-Anlagen, Caspar, abgeordnet worden. Aus Grund der Ermittlungen der aus der Mitte der Gesamtkommission niedergesetzten technischen Kommission (in welche auch die Herren Göl und Caspar gewählt wurden) hat die Gesamtkommission beschlossen, sofort mit der Untersuchung der in Berlin im großen Maß in Betrieb befindlichen Rauchverbrennungs-Apparate vorzugehen. Es handelt sich nunmehr um die Aufbringung der hierdurch entstehenden Kosten; mit Rücksicht darauf, daß die Stadt Berlin an der Lösung der Rauchverbrennungsfrage allerdings ein hervorragendes Interesse hat, beantragt der Magistrat bei der Stadtverordneten-Versammlung die Bewilligung eines Beitrags zur Deckung der Kosten in Höhe von 2000 M.

Stadtv. Esmann will 4000 M. bewilligen; Stadtv.

Dinse will die Untersuchung auch auf die gewerblichen Anlagen ausgedehnt wissen, deren Feuerung nicht durch Dampfessel bewirkt wird; Stadtv. Schwalbe beantragt, die Bewilligung an die Voraussetzung zu knüpfen, daß die erwähnten städtischen Kommissare fernere bei den Untersuchungen theilhaftig bleiben.

Stadtrath Vail bemerkt gegen den Antrag Esmann, daß auch der Minister für öffentliche Arbeiten nur 2000 M. statt der durch die Kommission erbetenen 4000 M. bewilligt hat.

Nach kurzer Debatte wird die Vorlage mit den Anträgen Dinse und Schwalbe genehmigt.

Der Magistrat hat bei der Stadtverordneten-Versammlung beantragt, sich damit einverstanden zu erklären, daß ein Theil der für das Stadtjahr 1894/95 erforderlichen Pflastersteine bis zum Kostenbetrage von 800 000 M. schon jetzt in Bestellung gegeben und die Kosten summe aus dem Ueberschusse des Jahres 1892/93 entnommen werde.

Die Versammlung giebt ohne Debatte ihre Zustimmung.

Desgleichen erklärt die Versammlung ihr Einverständnis mit dem Vorschlage des Magistrats, die Ansprache der Stadtgemeinde auf die von dem Rentier Hubert in Besitz genommene Fläche von 21 Quadratmeter des alten Mühlenweges (Teltowstraße 85/86) gegen Zahlung von 200 M. aufzugeben.

Dem Elisabeth-Siechenhause werden zur Tilgung seines ordinarischen Beitrags zu den Regulatorienkosten der Oberwaldstraße von 85 229 M. Theilzahlungen von jährlich 8000 M. unter der Bedingung bewilligt, daß das Kuratorium eine Kautionshypothek in Höhe des ganzen Beitrages auf das Siechenhaus-Grundstück eintragen läßt.

Die vorgelegten Projekte und Kostenanschläge für 10 verschiedene Um- und Neubauten auf den städtischen Arealen werden genehmigt.

Vom Stadtv. Cassel ist mit Unterstützung von 62 Stadtverordneten folgender Antrag eingebracht worden: Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, bei den kompetenten Behörden die Befreiung der durch Verlegung von 24 Prozessionsheilungen des königlichen Amtsgerichts I zu Berlin nach dem Hotel Germania für die Heilspilger und das interessirte Publikum hervorgerufenen Uebelstände in Anregung zu bringen.

Nach ausführlicher Begründung durch den Antragsteller, den Stadtv. Spinola unterzählt, wird der Antrag einstimmig angenommen.

Mit der Errichtung des Erziehungshauses für verwahrloste Mädchen in Klein-Beeren soll nunmehr vorgegangen werden. Der Kostenvorschlag für die Renovirung des Gutshauses schließt mit 5000 M., der Etat der Anstalt einschließlich des Extra-Ordinariums für die erste Einrichtung mit 10 048 M. in Ausgabe und 150 M. in Einnahme ab.

Die Vorlage und der Etat werden ohne Diskussion angenommen.

Zur Regulirung der Brücken-Allee von der Händelstraße bis zum Großen Stern ist noch der Erwerb dreier Flächen des Thiergartens mit insgesamt 481 Quadratmeter Flächeninhalt erforderlich. Der Finanzminister fordert, wie schon bei früheren Abtretungen von Thiergartenstücken, 20 M. für den Quadratmeter und infolgedessen werden gärtnerischen und sonstigen Veränderungen einen Gesamtbetrag von 10 900 M.

Die Versammlung stimmt dem Erwerb unter den angegebenen Bedingungen zu.

Wenngleich die königl. Genehmigung zur Feststellung von Baufluchtlinien für den Engpass in der Rosenthalerstraße, sowie für die Weinmeisterstraße zwischen letzterer und der Gormannstraße noch nicht ertheilt worden ist, hat der Magistrat, um dem Verkehrsbedürfnis daselbst möglichst bald Rechnung tragen zu können, mit den Besitzern des Grundstücks Rosenthalerstr. 54 - Weinmeisterstr. 19 - Gormannstr. 31 Verkaufsverhandlungen angeknüpft. Der Eigentümer Hirschberg forderte ursprünglich 770 000 M., ermäßigte diesen Preis aber später bis auf 810 000 M. (888 M. für den Quadratmeter), welchen Preis der Magistrat für angemessen hält. Er schlägt daher der Versammlung den freibändigen Erwerb des Grundstücks vor, da die Genehmigung zur Feststellung der neuen Fluchtlinie unzweifelhaft sei und in kürzester Frist erfolgen werde.

Ohne Debatte tritt die Versammlung dem Vorschlage bei.

Eine weitere Vorlage des Magistrats betrifft die Errichtung eines vierten städtischen Krankenhauses.

Der Magistrat ersucht die Versammlung, sich damit einverstanden zu erklären, daß auf dem der hiesigen Stadtgemeinde gebührenden, zwischen dem Spandauer Schiffjahrs-Kanale und der Seefstraße, gegenüber der Tegeler Forst gelegenen Gelände ein viertes städtisches Krankenhaus errichtet werde, indem sie der Vorlegung des speziellen Bauprogramms nebst Skizzen, sowie einer gleichzeitigen Mittheilung darüber entgegenzieht, welche Beobachtungen auf der Baustelle hinsichtlich der Wirkungen des Schießens aus Geschützen auf dem Artillerie-Schießplatze zu Tegeler gemacht worden sind.

Bezüglich des letzteren Punktes glaubt der Magistrat, daß ernste Störungen nicht zu befürchten sein werden, da der Platz vom Schießplatze noch weiter abliegt, als die Jansenanstalt zu Daldorf. Trotzdem sollen bei dem im Juli und October stattfindenden Schießübungen genaue Beobachtungen gemacht werden. Sollten die Befürchtungen irgendwie begründet erscheinen, so würde von dem gewählten Bauplatz Abstand genommen werden müssen.

Im übrigen wird in der Begründung der Vorlage ausgeführt, daß infolge des andauernd starken Wachstums der Stadt bereits bald nach der im Jahre 1890 erfolgten Eröffnung des dritten städtischen Krankenhauses am Urban das Bedürfnis für Beschaffung weiterer Unterkunftsplätze für körperlich Kranke dringend hervorgetreten ist. Der Magistrat hat daher bereits im Februar v. J. eine Kommission zur Ermittlung eines Grundstücks eingesezt, welches zur Errichtung eines neuen Krankenhauses passend wäre. Nach längerer Anschau ist von der Kommission schließlich das vorgeschlagene Grundstück empfohlen worden. Auch von der Deputation für die öffentliche Gesundheitspflege ist dieser Bauplatz für geeignet erklärt und eine Subkommission mit dem Auftrage niedergesetzt worden, das Bauprogramm zu entwerfen. Auf Grund des fertiggestellten allgemeinen Programms wird gegenwärtig vom Stadtv. Bau- und Wasserbau das spezielle Bauprogramm ausgearbeitet. Der ca. 27 Hektar große Bauplatz liegt in gesunder Luft und entspricht allen, auch den Verkehrsverhältnissen in gänzlichster Weise. Ueberdies bietet die Wahl dieses Bauplatzes demnach die Möglichkeit einer leichten Evacuierung des Krankenhauses Nothfall für den Fall einer größeren Epidemie. Bei der Anstalt soll, was nicht zu umgehen ist, eine besondere Station für Geschlechtskranke, welche nicht unter städtischer Kontrolle stehen, errichtet werden, ferner muß eine Entbindungsanstalt im Zusammenhange mit der Haupt-Anstalt, jedoch abgeleitet davon, errichtet werden. Und für die gesammte Anstalt selbst sind die erforderliche Zahl ge-

eigneter Pflegerinnen zur Verfügung zu haben, wird die Errichtung einer Krankenpflege-Schule für zweckmäßig erachtet. Der Magistrat hält es auch im Interesse der Anstalt wie der gesammten Bevölkerung, daß mit der Entbindungsanstalt ein Hebammen-Bildungsinstitut zu verbinden sei.

Das Krankenhaus soll 1000 Betten, die Abtheilung für Geschlechtskranke 400 Betten enthalten, die Entbindungsanstalt für 1000 Entbindungen im Jahre hergerichtet werden.

Ohne Diskussion wird der Magistratsantrag in allen seinen Theilen angenommen.

Zur Vorauszahlung für Kunstzwecke sollen aus dem Fonds für unvorhergesehene Ausgaben pro 1893/94 100 000 M. bereit gestellt werden und bis auf weiteres ein gleicher Betrag in die zukünftigen Etats eingestellt werden. Die Entscheidung über die Verwendung soll einer jährlich neu zu bildenden Deputation von fünf Stadträthen und zehn Stadtverordneten zustehen.

Die Vorlage wird nach kurzer Befürwortung durch den Stadtv. Horwich angenommen.

Beauftragt Besuch der Weltausstellung in Chicago seitens städtischer Beamten hat der Magistrat bei der Versammlung beantragt, dieselbe möge sich damit einverstanden erklären, 1. daß für städtische Beamte zum Besuche dieser Ausstellung fünf Reisekosten in Höhe von je 3600 M., zusammen 18 000 M., gezahlt, und 2. daß zur Gewährung von Beihilfen an solche gewerbliche Fach- und Fortbildungsschullehrer, welche die Ausstellung in Chicago zu besuchen beabsichtigen, 5000 M. zur Verfügung gestellt, sowie 3. daß diese 18 000 M. und 5000 M., zusammen 23 000 M., aus dem Dispositionsquantum von 500 000 M. entnommen werden. Den Beamten und Lehrern soll die Verpflichtung auferlegt werden, Reiseberichte zu erstatten. Gesuche von Lehrern liegen dem Magistrat bereits vor.

Stadtv. Wohlgenuth ersucht um eine Bewilligung für die Lehrer bis zu 10 000 M. und will die Auswahl der zu Entsendenden nicht dem Magistrat überlassen, sondern eine gemischte Deputation (10 Stadtverordnete, 5 Stadträthe) damit betrauen, um eine bessere Auswahl zu garantiren. Nach der Vorlage sollen die 5 Beamten dem Hoch- und Tiefbau, der Schulverwaltung, dem Reinigungs- und Heizungswesen angehören; hier vermisst man einen Elektrotechniker, den die Stadt Berlin doch vor allen anderen nach Chicago schicken möchte. Auch bei der Auswahl der Beamten halte er die Mitwirkung einer gemischten Deputation für unerlässlich.

Stadtrath Koch harrt tritt dem letzteren Verlangen entgegen. Der Magistrat sei der Ansicht, daß ihm die Auswahl überlassen bleiben müsse (Widerspruch). Die Auswahl sei auch bereits getroffen worden. Nach dem Wortlaut der von der Versammlung beim Etat gefassten Resolution habe der Magistrat auch gar nicht anders verfahren können.

Stadtv. Schwalbe will die Beihilfen allgemein für Lehrer, insbesondere für gewerbliche Fach- und Fortbildungsschullehrer, und auch in Höhe bis zu 10 000 M. bewilligt wissen. Dem Verlangen der Stadtv. Wohlgenuth kann er sich nicht anschließen, weil die Zeit dränge und auch eine Deputation nicht die absolute Zuverlässigkeit der Auswahl verbürge.

Stadtv. Wohlgenuth macht den Magistratsvertreter auf die Inkonsequenz aufmerksam, die darin liege, daß der Magistrat doch die gemischte Deputation für die Verwendung des Kunstfonds selbst vorgeschlagen habe. Es handle sich doch darum, wirklich fähige Beamte, nicht die minorum gentium nach Chicago zu schicken.

In der Abstimmung wird der Magistratsantrag mit dem Antrag Schwalbe angenommen. Der Antrag Wohlgenuth auf Einsetzung einer gemischten Deputation wird abgelehnt.

Schluß 7 1/2 Uhr.

Tokales.

Achtung 3. Wahlkreis.

Diesingen Genossen, welche zur Verbreitung der Flugblätter am Sonntag, den 11. noch keine Zusage gemacht haben, werden ersucht, Morgens um 7 Uhr bei W. Grindel, Treidenstr. 116 sich einzufinden. Alle übrigen werden sich Sonntag früh dort, wo sie von den Bezirksleitern bestellt worden sind.

Die Vertrauenspersonen.

Achtung, Stralau! Sonntag, den 11. Juni findet eine Agitationstour statt und werden die Genossen ersucht, sich recht zahlreich daran zu betheiligen. Treffpunkt Restaurant Gursch, Dorfstr. 5, früh 5 1/2 Uhr.

N. B. Das Wahllokal für Stralau befindet sich im Restaurant Storchpfeil, Dorfstr. 16.

Charlottenburg. Wir ersuchen nochmals ernstlich, bei der letzten und wichtigsten in dieser Wahlperiode am Sonntag den 11. Juni früh 6-7 Uhr stattfindenden Vertheilung von Flugblättern sich reger als das letzte Mal zu betheiligen, und sich nicht durch nützige persönliche Vortheile Einzelner zurückdrängen zu lassen. Der Sieg sowie der Verdienst für denselben gehört der Gesamtheit. Also alle Mann auf's Feld! Treffpunkt Sonntag morgens 6-7 Uhr bei Genosse Bernicke, Krummestr. 19.

Das Lokal-Wahlkomitee

J. A.: G. Meyer, Wallstr. 43.

Die Parteigenossen und Genossinnen des Nieder-Barnimer Kreises werden ersucht, sich Sonntag zur Verbreitung eines Flugblattes in folgenden Lokalen recht zahlreich einzufinden:

Friedrichsberg: Treffpunkt Ostler Schule, Friedrichs-Carlstraße 84; Bernhard Lange, Wartenbergstr. 67; Admarck früh 6 Uhr.

Weißensee: Treffpunkt Pfeifenmüller, Admarck früh 6 1/2 Uhr.

Pankow: Treffpunkt Hermann Sonntag, Wollankstr. 115. Admarck früh 6 Uhr.

Reinickendorf: Treffpunkt Böttcher's Seeschlößchen, Markstraße 1. Admarck 6 Uhr.

Kummersburg: Treffpunkt Vorchmann, Berlinerstr. 83. Admarck früh 7 Uhr.

Oranienburg. Genossen, welche gewillt sind, am Sonntag, den 11. d. M. wieder an der Verbreitung eines Flugblattes theilzunehmen, werden ersucht, zu dem hier früh 6 Uhr 20 Min. oder 6 Uhr 53 Min. eintreffenden Zuge sich einzufinden zu wollen. Da die Zahl der zielbewußten Genossen hier sehr schwach ist, so ersuchen wir die Berliner Genossen, sich recht zahlreich zu betheiligen. Treffpunkt bei Hohaupt, Kanalstraße 67.

Friedrichshagen: Treffpunkt Restaurant Blanke früh 7 Uhr.

Das Wahl-Komitee.

Parteigenossen von Weig, welche am Wahltag freie Zeit haben, werden ersucht, ihre Kraft in den Dienst der Partei zu stellen und sich beim Wahlkomitee zu melden.

J. A. des Wahlkomitees: H. Gottwald, Bürgerstr. 6.

Rixdorf. Den Genossen von Rixdorf zur Kenntnis, daß heute Freitag Abends 7 1/2 Uhr die letzte Flugblattverteilung stattfindet in folgenden Lokalen: Schumme, Hermannsplatz 4, Osterag, Prinz Handjerystr. 24, Paps, Zietenstr. 71, Hermann, Cigarrenschiff, Richardsplatz 10, Wirsing, Knefelerstr. 76. Um recht zahlreiche Beteiligung an der Verbreitung ersucht
Das Wahlkomitee.

Der vierte Reichstags-Wahlkreis von Berlin ist schwer bedroht. Die vereinigten reichstreuen Parteien haben als alleinigen Kandidaten den Polizeisekretär Reh aufgestellt. Wie die 50 000 sozialdemokratischen Wähler des Wahlkreises vor dem Herrn Polizeisekretär ins Mauseloch kriechen werden! Armes Rehlein, das giebt eine lustige Jagd am 15. Juni!

Einen wie geringen Erfolg die „Ordnungspartei“ im Kreise Riederbarnim sich für ihre Partei verspricht, ergibt ein an Herrn Bilz zu Pankow gerichtetes Schreiben des Ordnungskandidaten Professor Dr. Jermer. Bilz hatte Herrn Jermer gebeten, neben Stadtgarten in Pankow zu referieren. Darauf erfolgte eine höflich ablehnende Antwort, der wir folgendes entnehmen: „Für die fremdliche Einladung sage ich Ihnen meinen verbindlichen Dank. Ich bin aber bereits anderweitig beiegt. Selbst wenn das nicht der Fall wäre, würde ich doch nicht erscheinen, nicht weil ich mich fürchte — denn ich habe seiner Zeit auch in sozialdemokratischen Versammlungen gesprochen — sondern, weil ich mit keinem Erfolg spreche“. Auch Dr. Wächler, der „reine“ Antisemit, verspricht sich keinen Erfolg, deshalb bringt die „Staatsbürger-Zeitung“ statt wahrheitsgetreuer Versammlungsberichte lediglich eine Kette armdicker Lügen. Aus gleichem Grunde lassen die Antisemiten im Kreise Diskussion und gegenüber nicht mehr zu. Trotz alledem und trotz der hinsichtlich im Kreise Riederbarnim wachsenden Aufklärung ist noch tüchtige Arbeit erforderlich, um den Kreis zu erhalten, da infolge der Sommerzeit etwa 1500 Stimmen fehlen, deren Inhaber sich außerhalb des Kreises befinden.

Ein anonymes Schreiben, das wir in anbetragt der Wichtigkeit des Wahlrechts glauben nicht unbeachtet lassen zu sollen, geht uns von angeblichen „Angehörigen der Reichsdruckerei“ zu. Es lautet:

„Sehr bedauern muß, daß von der Direktion der Reichsdruckerei angeordnet ist, am Wahltag, Donnerstag, den 15. Juni, erst um 4 Uhr zu schließen. Eine nicht unbedeutende Anzahl Angehöriger, welche erst die Eisenbahn benutzen müssen, um ihren Wohnort zu erreichen, dürften wohl kaum ihre Stimmen noch abgeben können. Es würde jedem angenehm sein, wenn Sie die Direktion veranlassen könnten, an dem betreffenden Tage um 8 Uhr zu schließen, ohne dabei die üblichen Pausen zu verkürzen.“

Dem Wunsche sei hiermit, soviel an uns liegt, nachgekommen. Im übrigen ist uns die Gutsfährigkeit der Verfasser des anonymen Briefes ebenso beizumessen wie die von ihnen behauptete Mahnahme der Direktion der Reichsdruckerei es wäre, wenn das Schreiben die Wahrheit sagt. Es ist doch der Gipfel der Anstößigkeit, den Bestand der Redaktion einer Zeitung anzurufen und ihr dabei zu verschweigen, mit wem sie es zu thun hat.

Das Ergebnis der bekannten, von uns kürzlich besprochenen Enquete des Ministers für Handel und Gewerbe, betreffend die Zulässigkeit der Ausnahmen, welche von dem im § 105b Absatz 1 der Gewerbeordnung festgesetzten Verbot der Sonntagsarbeit zulässig sein sollen, ist vom hiesigen Polizeipräsidenten dem Gewerbeamt übermittelte worden, damit es ein begründetes Gutachten einhole. Es entspricht dieses dem Erlaß des Handelsministers vom 19. Mai an die Regierungspräsidenten, in welchem diese aufgefordert werden, besonders die beteiligten Kreise, insbesondere die Arbeitgeber und Arbeiter derjenigen Gewerbe in ausgiebiger Weise zu hören, für welche die Zulassung von Ausnahmen in Frage kommt. Vom Minister Dr. Freund ist bereits zum nächsten Freitag eine Sitzung des Ausschusses der Gewerbeamt-Vorsteher einberufen worden, in welcher der Ausschuss gebildet werden soll.

Bezüglich der Choleraepidemie begrüßt die „Norddeutsche Allgemeine Ztg.“ als Fortschritt, daß die verkehrserschwerenden Maßregeln fortlassen, und empfiehlt das System der Vertuschung, denn darauf läuft die Warnung an die Presse hinaus, mit Rücksicht auf das Ausland und die schweren Verluste des Nationalvermögens sich in ihren Mitteilungen zu beschränken. Wenn die „Norddeutsche“ so ungeheurer Rücksicht auf das Ausland und die Schädigung des Nationalvermögens nehmen will, so sollte sie in erster Reihe ihre Behauptung zu Gunsten der Militärvorlage einstellen. Die Cholera ist ein weltlicher Feind, der nur bekämpft werden kann, wenn mit dem System der Vertuschung gebrochen wird; die Russen und die Franzosen sind aber Feinde, welche durch unsere Offiziere erst herausbeschworen werden.

Der stud. med. Schröder, der infolge eines bei einer Pankreas erhaltenen Schmisses auf der rechten Wange an Bluterkrankung erkrankt ist, befindet sich gegenwärtig in der Igl. Klinik in der Fiegelstraße in so schwerem Zustande, daß wenig Hoffnung auf Erhaltung des Lebens vorhanden ist. — Das Pankreas an der Universität nimmt immer mehr überhand. Die Polizei ist nicht im Stande, die Quelle zu verhindern und die Verbindungen und Körper, welche in ihren Statuten ganz offen den Duellkampf verordnen, zur gesetzlichen Strafe zu ziehen.

„Alle Prophezeiungen eines großen europäischen Krieges“ bringen die „Pöschischen Studien“, eine Monatschrift für Schrifttum, Geistesgeschichte und verwandten Dingen. „Wir erinnern uns“, heißt es da, „einer uralten schlesischen Prophezeiung, die dem Sekretär der Redaktion von seiner jetzigen Mutter als schon von ihren Großeltern überliefert mitgeteilt worden ist, daß im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts eine so große Völkerschlacht stattfinden würde, daß sich noch ihr immer nur je zwei Menschen über je hundert Felder hinweg noch begrüßen oder begegnen könnten. Die von allen Seiten heranziehenden Heere aus Rußland und Polen würden in Schlesien bei Liegnitz am Neißer See sich versammeln, und deren Hölle würde so zahlreich sein, daß derselbe bis auf den Grund ausgegraben würde“ u. s. w. u. s. w. In demselben Artikel wärmten die „Pöschischen Studien“ eine andere, angeblich bereits aus dem vorigen Jahrhundert stammende Prophezeiung auf, wonach gegen Ende des 19. Jahrhunderts, in dem Jahre, in welchem in Brüssel ein Kongreß abgehalten und viel über den Frieden geredet werden würde, ein großer europäischer Krieg ausbrechen würde. Die genannte Monatschrift erinnert daran, daß diese Prophezeiung bereits im Jahre 1890 von der „Kreuz-Zeitung“ veröffentlicht worden sei, läßt sich jedoch mit keiner Silbe darüber aus, daß im Jahre 1890 der dreijährige Weltkrieg ausgebrochen ist, obwohl damals tatsächlich in Brüssel ein Kongreß abgehalten wurde, auf welchem das internationale Proletariat sich gegen den kriegswütigen Militarismus erklärte. Vielleicht werden wir trotz dieses kleinen Mißgeschickes der Nichterfüllung jener Prophezeiung das Vergnügen haben, auch dieser neuen Prophezeiung in der edlen „Kreuz-Zeitung“ und ähnlichen Blättern begegnen. Es wäre das noch nicht die ärgste Spekulation auf die kindische Furcht gewisser Kreise des Volkes. Wenn die Wahlen vor der Thür stehen, darf die regierungs-

freundliche Presse ihren Lesern alles bieten. „Wir Deutschen fürchten Gott, sonst nichts auf der Welt.“ Darum lassen sie sich auch mit dem Russen und dem Franzmann schrecken, wie man Kinder mit dem Mummelsack graulich macht.

Mittels Nachschlüssel war gestern Abend ein junger Mensch in die dritte Etage im Hause Alexandrinenstraße 55 eingedrungen. Der Uebelthäter wurde jedoch von Nachbarn entdeckt und von diesen der Polizei übergeben.

Ein eigentümlicher Leichensund ist gestern (Donnerstag) Morgens um 9 Uhr im Landwehrkanal am Gartenufer zu Ubarlottenburg gemacht worden. Dort wurde die Leiche eines kräftig gebauten Mannes angeschwemmt, an der die linke Hand und der linke Fuß fehlten. Um die Strümpfe waren kunstgerechte Verbände geschlungen. Bei dem Todten wurden Papiere vorgefunden, die auf den Fingerringbesitzer Otto Trödel, am 22. April 1839 zu Göhrig, Kreis Quersdorf geboren, lauten, ferner ein Ausweis über den Aufenthalt in einem Berliner Krankenhause vom 5. April bis 7. Juni d. J. Daher ist nicht ausgeschlossen, daß Hand und Fuß durch eine ärztliche Operation abgenommen wurden, und daß der Verstorbene in den Tod gegangen ist, um nicht als Krüppel durch das Leben gehen zu müssen. Ferner wurde der Abschnitt einer Postanweisung aufgefunden, ausweislich dessen der Gutbesitzer Theodor Trödel zu Göhrig Geld abgeschickt hatte. Ueber die näheren Umstände hat sich noch nichts ermitteln lassen; doch dürften die behördlich eingeleiteten Nachforschungen demnächst volle Klarheit schaffen.

Mord und Selbstmord. Am Mittwoch Nachmittag wurde am Rottbuser Ufer die Leiche einer etwa zwanzigjährigen Frauensperson aus dem Landwehrkanal gezogen. Etwa eine Stunde später fand der Schiffer Karl Zeit in demselben Wasserlauf nahe dem Göhriger Ufer die Leiche eines etwa drei Jahre alten Kindes. Nach Verlauf von einigen Stunden wurden in der Todten die unverehelichte Tabakarbeiterin Helene Fuchs, am 1. Februar 1873 geboren, die Reichenbergerstr. 72 bei den Eltern wohnte, und das am 28. August 1890 geborene Mädchen Frida Fuchs, eine Tochter der ersteren, festgestellt. Helene Fuchs, welche in einer Zigarrenfabrik in der Gegend des Kreuzberges beschäftigt war, hatte vor acht Tagen die Arbeit niedergelegt, besand sich aber keineswegs in Noth, da sie im Elternhause ihren Unterhalt fand. Wie sich herausgestellt hat, suchte sie bei ihren Ausgehungen einen jungen Mann auf, der ihr Herz und Hand angeboten hatte. Am letzten Sonnabend nun muß er erfahren haben, daß seine Braut keinen makellosen Lebenswandel geführt habe — sie war schon zweimal Mutter — und es scheint eine Lösung des Verhältnisses bevorzustehen zu haben. Dieser Umstand hat den traurigen Entschluß in ihr reif werden lassen. Sonnabend Abend um neun Uhr betrat sie mit den Worten: „Wo ist Frida?“ das Elternhaus; in diesem Augenblick kam ihr das Kind entgegengepfungen; sie nahm es auf den Arm und verschwand. Ehe sie das schauerhafte Werk vollführte, besuchte sie eine bekannte Familie N. in der Nachbarschaft. Kurz vor zehn Uhr machte sie sich auf den Weg nach der Rottbuser Brücke.

Polizeibericht. Am 7. d. M. Vormittags versuchte ein Maurer auf dem Grundstück Sebastianstr. 42 einen etwa 750 Kilogramm schweren eisernen Träger vom Wagen zu ziehen. Der Träger glitt dabei ab und fiel ihm auf das Bein, so daß er einen Bruch des Schienbeines erlitt. Er mußte nach dem Krankenhause am Urban gebracht werden. — Im Landwehrkanal wurde Nachmittags in der Nähe der Wienerstraße die Leiche eines vierjährigen Mädchens und Abends gegenüber der Forsterstraße die Leiche einer etwa 30 Jahre alten Frauensperson angeschwemmt. — Auf dem Schloßpfahle, bei der Schloßfreiheit, fiel Abends ein etwa 50jähriger Mann von einem Omnibus und erlitt eine so schwere Verletzung am Hinterkopfe, daß er bewußtlos liegen blieb. Er wurde nach der Charité gebracht. In der Nacht zum 8. d. M. wurde ein Arbeiter beim unbefugten Betreten des Grundstückes Brombergerstr. 8-12 von vier Hundten angefallen und durch Bisse am Arm und Bein so bedeutend verletzt, daß seine Ueberführung nach dem Krankenhaus am Friedrichshagen erforderlich wurde. In der Marienburgerstr. 24 fand ein kleiner Brand statt.

Gerichts-Zeitung.

Rektor Ahlwardt stand heute vor der II. Strafkammer hiesigen Landgerichts I (Vorsitzender Landgerichtsrath v. Kirchbach), um sich wegen Verleumdung der Gesamtheit der preussischen Beamten, insbesondere der Beamten und Behörden der Justizverwaltung zu verantworten. Die Staatsanwaltschaft vertrat Staatsanwalt Niegel, die Verteidigung führte Rechtsanwalt Dr. Hertwig. In der Sache haben bereits mehrere Termine stattgefunden und es war nach verschiedenen Richtungen hin Beweiserhebung beschlossene worden. Die Verleumdungen sollen in einer antisemitischen Rede gefallen sein, welche Ahlwardt am 29. Oktober 1891 in Offen gehalten hat. Er soll dabei u. a. folgendes gesagt haben: Der Beamtenstand sei durch die Juden korrumpirt, viele höchste Staatsbeamte seien verschuldet und durch die Juden korrumpirt. Das Judenthum überwuchere immer mehr, je höher der Beamte stehe, desto unwürdiger sei er oft seiner Stellung. Die Beamten seien zu 60 pCt. verschuldet, die Offiziere zu 70-80 pCt. Speziell vor Gericht gelte der Germane als Duff, er müsse sich, wolle er sein Recht suchen, einen Sachverständigen nehmen, das große germanische Volk sei vor Gericht vollständig entmündigt, das habe sich der Jude zu Nutze gemacht und deshalb treibe das Judenthum in der Justiz besonders stark hervor. Wer nicht den Saft voll Geld habe, sei rechtlos. Es sei vielfach an dem, daß diejenigen, die weit nach oben ständen, die verkommensten Lumpen seien. Für den Juden gebe es keine Gerechtigkeit mehr, der reiche Jude könne manches Verbrechen begehen, die Justiz würde ihn nicht. Bei dem armen Jungen, der im Wädelchen viel Geld aus Noth für 10 Pfg. Brot kriebe, da treffe das tömische Recht absolut sicher. An vielen Beispielen könne er zeigen, wie weit die Korruption in der Justiz vorgeschritten sei. In der That berriehen in der Justiz Zustände, die man sich nicht länger gefallen lassen dürfe. Trete ein Mann dagegen auf und mache er sich unbequem, so sperre man ihn ins Irrenhaus. Ihn werde man nicht wehrt machen, bis jetzt habe er erst mit Plinien geschossen, er habe aber noch geladene Kanonen zur Verfügung. — Strafanträge wegen des Inhalts dieser Rede sind vom Königl. Staatsministerium und vom Justizminister Dr. v. Schelling gestellt worden. Bei der vorigen Verhandlung der Sache war vom Staatsanwalt eine Strafe von sechs Monaten Gefängnis in Antrag gebracht worden, der Gerichtshof gab aber damals den Anträgen der Verteidigung auf Ergänzung der Beweisaufnahme nach. — Der Angeklagte behauptet heute wie damals, daß der der Anklage zu Grunde liegende Bericht nicht zutrefte; der Polizeikommissar Gaud habe einzelne Stellen aus dem Zusammenhange herausgerissen, zum Theil unrichtig wiedergegeben, zum Theil auch seine, des Angeklagten, Schriften zur Herstellung seines Berichtes benutzt. Er habe ihm absolut fern gelegen, dem Beamtenstand in seiner Gesamtheit irgend einen Makel anhängen zu wollen, er habe es nur als seine Aufgabe betrachtet, zu zeigen, in wie korrumpirter Weise sich der überwachende Einsatz des Judenthums in unserem gesammten Staatsleben geltend mache. Was er von den Beamten gesagt habe, habe sich nur auf einzelne bestimmte Beispiele bezogen und die in diesen Beispielen angeführten Thatsachen müsse er aufrichtig erhalten. Sein Gedankengang und seine Worte seien aber vielfach von dem überwachenden Polizeibeamten mißverstanden worden. — Der Verteidiger beantragt, den gesammten Bericht des Polizeikom-

missars Gaud zu verlesen, während der Staatsanwalt eine Verlesung der infrimierten Stellen aus dem Bericht für genügend erachtete. Gaud hat bei seiner eidlichen Kommissarischen Vernehmung sich auf diesen Bericht berufen und versichert, daß derselbe den Thatsachen entspreche. — Der Gerichtshof beschloß nach mehr als einstündiger Berathung, den Antrag des Verteidigers auf Verlesung des gesammten Berichtes abzulehnen, da dieser Bericht keine Urkunde ist. Der Gerichtshof beschloß aber ferner, die Sache zu vertagen, da er es für nothwendig hält, den Polizeikommissar Gaud persönlich hier an Gerichtsstelle zu vernehmen. Der Angeklagte erklärte, daß er die Absicht gehabt habe, auf weitere Zeugenerhebungen zu verzichten, daß er nun aber bei der gegenwärtigen Sachlage doch beantragen müsse, amtliche Auskunft über folgende ihm gemeldete Thatsachen einzuholen. Es werde ihm nämlich gemeldet, daß Polizeikommissar Gaud seit 14 Tagen wegen fälschlicher Anschuldigung gegen verschiedene Essener Bürger, Trunksucht und Geisteskrankheit vom Amte suspendirt sei. Derselbe soll sich auch schon im vorigen Jahre in einer Kaltwasser-Heilanstalt befunden haben. Der Gerichtshof beschloß, auch diesem Antrage zu entsprechen und die amtliche Auskunft einzuholen.

Eiberfeld, 7. Juni. In heutiger Sitzung hat die Strafkammer des Landgerichts Eiberfeld den Redakteur der „Kölnischen Zeitung“, van Loof, welcher von dem Landgericht Köln wegen Abdruckes des Protokollens über die Bendinger Teufelskautreibung zu 50 M. Geldstrafe verurtheilt worden war, von Strafe und Kosten freigesprochen. Das Reichsgericht hatte das Urtheil des Kölner Landgerichts auf die vom Angeklagten eingelegte Revision aufgehoben und die Sache zur nochmaligen Entscheidung nach Eiberfeld verwiesen.

Reichsgerichts-Entscheidung. Leipzig, 7. Juni. Der Hochverrathsprözeß gegen die 7 bereits in dem Bericht in der vorigen Nummer namhaft gemachten Anarchisten begann heute früh 9 Uhr vor dem vereinigten 2. und 3. Strafsenat des Reichsgerichts unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten v. Wolff. Gleich nach dem Anrufe der Angeklagten und Zeugen resp. Sachverständigen beschloß der Gerichtshof infolge des Antrages des Ober-Reichsanwalts Lessendorf wegen zu beschleunigter Gefährdung der öffentlichen Ordnung die Öffentlichkeit während der ganzen Dauer des Prozesses (etwa 3-4 Tage) auszuschließen. Wie wir erfahren, handelt es sich ebenso, wie in dem letzten Hochverrathsprözeß gegen Höfer, Camin u. Gen. (Juli 1892) um Verbreitung anarchistischer Tractschriften, insbesondere der „Autonomie“. Geladen sind 17 Zeugen, sowie ein Schriftenvergleich und ein Uebersetzer als Sachverständige. In der heutigen Sitzung wurden die Angeklagten, sowie 6 Zeugen vernommen.

Soziale Uebersicht.

Achtung, Schneider und Schneiderinnen!
Die nächste öffentliche Versammlung findet, um alle Kräfte für die Wahl freizubehalten, erst am Montag, den 26. Juni, in den Reimhallen statt. Die Tagesordnung ist so reichhaltig und wichtig, daß wir allseitiges Erscheinen erwarten. Einen dringenden Appell richten wir noch an die Kollegen und Kolleginnen bezüglich der noch ausstehenden Sammellisten zu Streik. Um eine schnelle Abrechnung zu ermöglichen, ersuchen wir, die Listen umgehend beim Kassirer W. Schulze, Zimmerstr. 86, 2. O. III, oder Schützenstraße 18/19 im Bureau abzuliefern.

Die Agitationskommission der Schneider und Schneiderinnen Berlins.
J. A.: Emil Rogge.

Achtung, Filzschuh-Arbeiter! Die Fabriken von Landsberger, Barmintrasse, Goldmann, Landsbergerstraße, und Flegel, Stralundertrasse, sind nach wie vor gesperrt. Der Zugang ist streng fernzuhalten. Der Filzschuh-Fabrikant Knopf, Lichtenbergerstr. 5, hat uns mitgeteilt, daß er den geforderten Lohn schon vordem bezahlt und aus diesem Grunde keine Neuforderung bewilligt habe.

Die Lohn-Kommission der Filzschuh-Arbeiter Berlins und Umgegend.

Achtung! Bauarbeiter! Am 15. Juni, als am Tage der Reichstagswahlen, ist es Pflicht der Kollegen, ihre Kraft für die Wahltagitation zur Verfügung zu stellen. In ersuche die Kollegen daher, soweit es ihnen möglich, die Arbeit ruhen zu lassen und mit vollem Eifer am Platz zu sein. Mit kollegialem Gruß Carl Deredder.

Der Ausstand der Bergleute in Hainfirkchen hat sich auf sämtliche Kohlenbergwerke der Donauepischschiffahrt-Gesellschaft ausgedehnt. Die Zahl der Streikenden beträgt mehr als 2000. Die Ordnung ist in keiner Weise gestört worden. In einer Bekanntmachung wird allen denen, die bis Donnerstag die Arbeit nicht aufnehmen, die „Abschiebung“ angedroht. — Wenn die Bergleute fest zu einander stehen, wird man die Abschiebung schon bleiben lassen.

Vermischtes.

Wieder ein Pfaff, der selber den schönen Lehren nicht folgte, die er seiner Gemeinde gab! Aus Dahleu i. S. berichtet das yerold'sche Telegraphenbureau: In dem Nachbarnorte Bucha ist der Pfarrer Weisner verstorben, nachdem ihm seine Absetzung wegen ausschweifenden Lebenswandels angekündigt war. Bei der Revision der Kirchenliste wurde ein beträchtliches Manko entdeckt.

In Daffelselde am Harz brannten in drei vom Markte aus parallel laufenden Straßen gegen 90 Gebäude nieder, darunter das Postamt. Menschenleben sind nicht verloren gegangen; dagegen ist viel Vieh umgekommen. Unter den ehemaligen Bewohnern der zerstörten Häuser herrscht große Noth.

Die Ueberschwemmungsanrichten aus der Bukowina, Ost- und Westgalizien lauten fortgesetzt sehr tröstlich. An vielen Orten sind ganze Häusergruppen weggeschwemmt oder von Wasser umgeben. Mehrere Brücken stürzten ein. Außerdem wüthten noch Hagelstürme. Der Landesauschuß votirte Unterstützungen für die Nothleidenden.

Die Vöcken sind in Gotenburgen (Schweden) heftig aufgetreten.

Die Chinesen in Amerika scheinen auch schon an dem Infarkt der Lockpigel zu laboriren. Aus New-York wird gemeldet: In einer geheimen Gesellschaft von Chinesen wurde beschlossen, das Lokal einer anderen Gesellschaft in die Luft zu sprengen. Die „rechtzeitig benachrichtigte“ Polizei fand bei einer Hausdurchsuchung eine Menge Sprengstoff und einen unterirdischen Gang vor, welcher bis zu dem bedrohten Lokale reichte. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen. — Es ist nicht anzunehmen, daß die Chinesen nach Amerika herüberkommen, um dort durch Attentate Kopf und Krone zu riskiren.

Der größte Theil der Gekochten in der Stadt Fargo (Norddakota, Vereinigte Staaten) ist durch Feuer zerstört worden. Die Brücke der Great-Northern-Eisenbahn ist so beschädigt, daß sie nicht befahren werden kann. Tausende sind obdachlos. Der Schaden wird auf zwei Millionen Dollars geschätzt.

In New-York verbrannten bei einem Schabensfeuer in der 43. Straße 6 Einwohner, die im oberen Stockwerke gewohnt hatten und sich nicht mehr retten konnten.

